

25. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 26. März 2014

Anwesend:

Bürgermeister:	Laab Helmut	SPÖ
Vizebürgermeister:	Hermanek Susanne Niederhammer Christa	SPÖ ÖVP
Stadträte-SPÖ:	Holzer Othmar, Ing. Klimesch Klaus, Mag. Krislaty Gerd, Ryba Günter	
Stadträte-ÖVP:	KommR Hopfeld Peter, OSR Kronberger Karl, Dr. Moser Christian	
Stadtrat FPÖ:	Moll Gerald	
Stadtrat-GRÜNE:	Ing. Mag. Straka Andreas	
Gemeinderäte-SPÖ:	Ambrosch Walter, Blihall Silvia, Buchta Brigitte, de Witt Hannes, Frithum Gabriele, Gatterwe Helmut, Hinterhauser Johannes, Minibeck Manfred, Riedler Corinna, Schöffauer Michaela, Wondrak Gerda	
Gemeinderäte-ÖVP:	Hetzendorfer Gregor, Ing. Huemer Friedrich, Ihm Ernst, König Franz, Kopf Eleonore, Mag. (FH) Völkl Andrea, Mag. (FH) Winter Manfred	
Gemeinderäte-FPÖ:	Glasl Markus, Krammer Daniel	
Gemeinderäte-GRÜNE:	DI Pfeiler Dietmar, Schneider Alexandra	
<u>Entschuldigt:</u>	StR Eisler Elfriede (SPÖ) GR Falb Martin (ÖVP) GR Mayer Wolfgang (FPÖ)	

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Tagesordnung:

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

II. Genehmigung des Protokolls vom 30.01.2014

III. Bericht des Prüfungsausschusses

IV. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Sonderkatastrophenschutzplan - Beauftragung
- 2.) Regionale Leitplanung A5/S1/A22 – Grundsatzbeschluss
- 3.) Windpark Leitzersdorf – Dienstbarkeitsvertrag mit Verbund
- 4.) Graphenintegrations-Plattform (GIP-nö) – Kooperationsvertrag über Datenaustausch mit dem Land NÖ
- 5.) Verleihung des Kulturehrenzeichens in Gold an Breisach Emil
- 6.) Löschungserklärung – Jagadics Marietta
- 7.) Löschungserklärung – Völk Gerald und Caroline
- 8.) KIG-Stockerau – Implementierung der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der KIG

V. Anträge des Stadtrates

a) Finanzen

- 1.) Rechnungsabschluss 2013
- 2.) Jahresabschlüsse für ausgegliederte Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit
- 3.) Änderung der Zinsaufschläge bei Darlehen der Raiffeisenbank Stockerau
- 4.) Darlehensaufnahme – Umbau Pflegeheim
- 5.) Verlängerung Ausweitung Kassenkredit Bank Austria
- 6.) Änderung des Haftungsanteils für die Übernahme eines anteiligen Darlehens für den Verein „10 vor Wien“
- 7.) Strategische Haushaltskonsolidierung – Beauftragung KDZ
- 8.) Verkehrswertermittlung gemeindeeigener Liegenschaften – Beauftragung
- 9.) Erhöhung Materialkostenbeitrag für Kindergärten
- 10.) Vermietung Schredder – Probetrieb
- 11.) Straßenbauarbeiten 2014 – Vergabe von Leistungen – Beauftragung Fa. Strabag AG
- 12.) Sanierung Ehrenbogen/Kirchenstiege
- 13.) Aktualisierung Naturbestandsaufnahmen (Objektverwaltung) – Beauftragung Arge Vermessung
- 14.) Aktualisierung Naturbestandsaufnahmen (Straßenraum) – Beauftragung EVN Geoinfo
- 15.) Anteilige Haftungsübernahme Stockerauer Saubermacher GesmbH.
- 16.) Auftragsvergabe – Neuabschluss Versicherungsverträge für Gemeindeobjekte
- 17.) Sportzentrum Alte Au – Ankauf eines Abdeckbelages für die Sporthalle
- 18.) Deponie – Sickerwassermanagement – Beauftragung Büro Dr. Lengyel

b) Stadtentwicklung und Verkehr

- 1.) Verkehrskonzept 2014 – Beauftragung

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ.GO. in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

I. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Personalangelegenheiten
- 2.) Berufung gegen Bescheid Stadtrat - Wasserbezugsgebühr

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Laab eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung gemäß § 46 (3) der NÖ Gemeindeordnung wird vom Bürgermeister der Antrag um **Aufnahme** der nachstehenden Tagesordnungspunkte gestellt:

in öffentlicher Sitzung

unter

IV. Anträge des Bürgermeisters

- neu 8.) KIG-Stockerau – Implementierung der Geschäftsordnung für die
Geschäftsführung der KIG

unter

V. Anträge des Stadtrates – a) Finanzen

- neu 16.) Auftragsvergabe – Neuabschluss Versicherungsverträge für Gemeindeobjekte
17.) Sportzentrum Alte Au – Ankauf eines Abdeckbelages für die Sporthalle
18.) Deponie – Sickerwassermanagement – Beauftragung Büro Dr. Lengyel

in nicht öffentlicher Sitzung

unter

I. Anträge des Bürgermeisters

- bei 1.) Personalangelegenheiten – 1 Antrag dazu

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

II. Genehmigung des Protokolls vom 30.01.2014

Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll vom 30.01.2014 unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

III. Bericht des Prüfungsausschusses

Gemeinderätin Kopf: Bericht über die am 14. März 2014 in der Stadtgemeinde Stockerau angesagte Gebarungsprüfung durch den Prüfungsausschuss.

Anwesend:

Mitglied des Prüfungsausschusses (Vorsitzender) GR Mag. Falb Martin
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Buchta Brigitte
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Riedler Corinna
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Kopf Eleonore
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Blihall Silvia
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Krammer Daniel
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Hetzendorfer Gregor
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Minibeck Manfred
Buchhaltungsdirektor Zimmermann Walter

Entschuldigt:

Mitglied des Prüfungsausschusses GR Hinterhauser Johannes

I. ISTBESTÄNDE lt. beiliegendem Tagesbericht vom 21.02.2014 € -12.168.759,28.

II. SOLLBESTÄNDE

	verbuchte Einnahmen 2014	verbuchte Einnahmen 2013
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 5.479.607,07	€ 46.354.277,17
KASSA	€ 52.933,73	€ 631.717,91
PSK 7332.355	€ 2.549,66	€ 412.475,58
RB 9001	€ 8.342,14	€ 844.727,06
RAIBA 1000 Jahre Stockerau	€ 240,00	€ 53.309,73
RAIBA Fischaufstiegshilfe	€ 0,00	€ 59.277,15
BA-CA/Kassenkredit	€ 0,00	€ 0,00
BA-CA/Straßenbau	€ 3,34	€ 10,59
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 18.120,82	€ 268.514,95
BA-CA/Pflegeheim	€ 10.244,25	€ 105.030,73
BA-CA/Kartenverkauf	€ 4.559,09	€ 65.009,23
BA-CA/Organstrafen	€ 32.450,32	€ 288.229,54
BA-CA/Wertpapiere	€ 0,00	€ 94.203,26
BA-CA/Grundstücke	€ 4,00	€ 22.066,14
Baukonto ABA BA 17	€ 0,00	€ 0,00
Baukonto WVA BA 09	€ 0,00	€ 73.779,81
BAWAG PSK - ABA BA 18	€ 0,00	€ 1.637.408,79
BAWAG PSK Nachmittagsbetr.	€ 0,00	€ 470.950,00
BA-CA/Kontokorrentkred.	€ 0,00	€ 0,00
Gesamteinnahmen	€ 5.609.054,42	€ 51.380.987,64

	verbuchte Ausgaben 2014	verbuchte Ausgaben 2013
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 5.080.939,28	€ 50.940.302,92
KASSA	€ 54.509,15	€ 601.141,62
PSK 7332.355	€ 6.534,41	€ 813.433,67
RB 9001	€ 3.156,08	€ 842.892,64
RAIBA 1000 Jahre Stockerau	€ 2.295,13	€ 51.014,60
RAIBA Fischaufstiegshilfe	€ 0,00	€ 151.761,57
BA-CA/Kassenkredit	€ 0,00	€ 0,00
BA-CA/Straßenbau	€ 0,00	€ 13,93
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 17.912,70	€ 267.863,28
BA-CA/Pflegeheim	€ 10.754,23	€ 101.211,81
BA-CA/Kartenverkauf	€ 598,71	€ 64.163,67
BA-CA/Organstrafen	€ 30.960,50	€ 277.116,42
BA-CA/Wertpapiere	€ 0,00	€ 94.199,49
BA-CA/Grundstücke	€ 0,00	€ 22.070,14
Baukonto ABA BA 17	€ 0,00	€ 0,00
Baukonto WVA BA 09	€ 0,00	€ 123.145,99
BAWAG PSK - ABA BA 18	€ 0,00	€ 1.637.408,79
BAWAG PSK - Nachmittagsbetr.	€ 0,00	€ 1.963.400,61
BA-CA/Kontokorrentkred.	€ 0,00	€ 6.000.000,00
Gesamtausgaben	€ 5.207.660,19	€ 63.951.141,15

Gesamteinnahmen- Gesamtausgaben	-€ 12.168.759,28	
------------------------------------	------------------	--

Aus der Gegenüberstellung von Istbestand lt. Tagesbericht und Sollbestand ergibt sich eine vollständige Übereinstimmung.

III. BESTATTUNG (Fortsetzung der Prüfungshandlung vom 6. Dezember 2013).

Der Prüfungshandlung wurde die Geschäftsführerin der Bestattung Stockerau e.U., Claudia Dexinger beigezogen.

Mittlerweile liegt der Jahresabschluss (Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz) der Bestattung zum 31. Dezember 2013 vor, der für 2013 207 Geschäftsfälle und einen Bilanzgewinn von € 50.744,33 ausweist.

Aufgeklärt werden konnte, dass unter „Ansatz 40110 – Umsatzerlöse 20% Särge“ nicht nur die Särge selbst, sondern auch sämtliche Transportleistungen, die Einbettung und sämtliche Aufwendungen für die Trauerfeier verbucht werden.

In Ergänzung zum letzten Bericht des Prüfungsausschusses ist festzuhalten, dass eine weitere Person im Beschäftigungsausmaß von 20% der Bestattung zugerechnet wird.

Die durchschnittlichen Umsatzerlöse je Geschäftsfall in Höhe von € 1.939,08 erscheinen im Lichte des Bestattungstarifs und einer Musterrechnung plausibel.

IV. VERANSTALTUNGEN IM VERANSTALTUNGSZENTRUM „Z 2000“ (Fortsetzung der Prüfungshandlung vom 6. Dezember 2013).

Die diesbezügliche Prüfungshandlung wird – einvernehmlich – erst im Rahmen der nächsten Sitzung des Prüfungsausschusses fortgesetzt. Dabei soll auch der Leiter des Z 2000 beigezogen werden.

V. RECHNUNGSABSCHLUSS 2013

Der Gesamtabschluss des ordentlichen und des außerordentlichen Haushaltes zum Rechnungsabschluss der Stadtgemeinde Stockerau 2013 wurden rechnerisch geprüft und für in Ordnung befunden. Die volle Funktionsfähigkeit der von der Stadtgemeinde eingesetzten EDV-Programme wird hierbei vorausgesetzt.

Der Rechnungsabschluss 2013 und die zugehörigen Unterlagen werden vom Prüfungsausschuss zur Kenntnis genommen. Die Aufzeichnungen machen einen ordnungsgemäß geführten Eindruck. In diesem Zusammenhang ist dem Leiter der Buchhaltung, Dir. Walter Zimmermann und seinen Mitarbeitern zu danken.

Zeitgleich mit dem Rechnungsabschluss 2013 werden dem Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau auch der „Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 der „Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft m.b.H. Stockerau“ und erstmals der „Jahresabschluss 2013“ der „Stockerauer Saubermacher GmbH“ zur Kenntnis gebracht.

Der ordentliche Haushalt weist im Jahr 2013 einen Überschuss von € 9.539,60 auf.

Der Rechnungsabschluss wurde anhand einer von Dir. Zimmermann vorbereiteten Unterlage besprochen.

Auf folgende Punkte wird hingewiesen:

- Der Stadtgemeinde Stockerau standen im Rechnungsjahr 2013 € 750.000,-- an Sonderbedarfszuweisungen des Landes Niederösterreich zur Verfügung (2012: € 930.000,-, 2011: € 450.000,-).
- Um einen ausgeglichenen ordentlichen Haushalt darstellen zu können, wurde ein Betrag von € 250.000,-- aus dem a.o. Haushalt zugeführt. Dieser Betrag stammte aus Erlösen von Grundverkäufen.
- 2013 flossen € 12.976.401,22 an Ertragsanteilen des Bundes in den städtischen Haushalt. Dies bedeutet eine Steigerung um beachtliche € 721.407,67 gegenüber 2012 und um € 309.501,22 gegenüber dem Voranschlag.
- Die von 2011 auf 2012 rückläufigen Kommunalsteuereinnahmen erhöhten sich von 2012 auf 2013 um € 47.855,56 auf 5.257.572,61.
- Aus dem Titel der Abwasserbeseitigung wurden € 1.104.158,85 für den allgemeinen Haushalt entnommen (Voranschlag: € 833.700,--). Gegenüber 2012 bedeutet dies ein Plus von € 253.909,60.
- Insgesamt wurden im Rahmen der Gebührenüberdeckung 2013 Gewinne von Unternehmen in Höhe von € 1.696.634,69 entnommen (Voranschlag: 1.454.300,--, 2012: € 1.483.559,28).
- Die gegenüber dem Voranschlag (€ 100.000,--) deutlich höheren Einnahmen bei den Kanalanschlussgebühren in Höhe von € 597.800,23 sind auf die Erteilung einer Reihe von Benützungsbewilligungen im großvolumigen Wohnbau zurückzuführen.
- Bei den Festspielen war eine Abgangsdeckung in Höhe von € 130.000,-- vorgesehen, welche um € 248.345,- überschritten werden musste.

Die von der Stadtgemeinde Stockerau gehaltenen Wertpapiere (4/000001/0000001/1) wiesen zum 31. Dezember 2012 einen Kurswert von € 1.574.433,-- auf (31.12.2012: 1.689.317,--). Die Jahreserträge beliefen sich auf € 93.996,- und wurden unter Ansatz 2/912000+820000 verbucht.

VI. NÄCHSTE TERMINE

Die nächsten Sitzungen des Prüfungsausschusses finden am

- 6. Juni 2014, 07.30 Uhr,
- 19. September 2014, 07.30 Uhr und am
- 5. Dezember 2014, 07.30 Uhr

statt.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

IV. Anträge des Bürgermeisters

1.) Sonderkatastrophenschutzplan - Beauftragung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Land Niederösterreich hat basierend auf den Erfahrungen mit den zahlreichen Hochwasserereignissen der letzten Jahre einen Musterplan „Sonderkatastrophenschutzplan Hochwasser“ erstellt. Dieser Plan wurde von der Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz gemeinsam mit dem NÖ Landesfeuerwehrverband und der Gruppe Wasser des Landes NÖ speziell für die koordinierte Bewältigung von Hochwasserereignissen erstellt.

Ziel des Landes NÖ ist, einheitliche Pläne, so rasch wie möglich, niederösterreichweit in den potentiellen Hochwassergemeinden auszuarbeiten. Dieser Sonderkatastrophenschutzplan „Hochwasser“ ist als zusätzliche Ergänzung zum allgemeinen Gemeindegkatastrophenschutzplan zu verstehen und soll im Detail die aufeinander abgestimmten Aufgaben und Maßnahmen aller im Hochwasserfall mitwirkenden Organisationen (Gemeinde (Bauhof), Wasserverband, Feuerwehr, Rettung, Polizei, etc.) enthalten.

Laut NÖ Katastrophenhilfegesetz haben die Gemeinden, die Bezirke und das Land Katastrophenschutzpläne zu erstellen. Daher sollen die Pläne federführend von den Gemeinden flussgebietsbezogen gemeinsam mit ihren Einsatzorganisationen erarbeitet werden.

Um diese Erstellung zu ermöglichen, stellt das Land NÖ im Rahmen des NÖ Wasserwirtschaftsfonds eine 2/3 Förderung für Gemeinden und Wasserverbände zur Verfügung.

Die Förderung des Landes ist von der Gemeinde zu beantragen (Verwendung des Antragsformulars) und kann nach Zusicherung und Annahme dieser und nach Vorlage von saldierten Rechnungen in der Höhe von max. 2/3 in Anspruch genommen werden (Grundlage der Förderung ist das NÖ Wasserwirtschaftsfondsgesetz LGBl. 1300 idgF. und die NÖ Wasserwirtschaftsfonds-Förderungsrichtlinien 2009 Siedlungswasserwirtschaft).

Der Sonderkatastrophenschutzplan muss nach Abschluss des Projektes in digitaler Form (Format: word, pdf bzw. die Planbeilagen in für die Gemeinden weiterverwendbaren GIS-Dokumenten) vorliegen und beinhalten:

- **Gefahrenanalyse**
 - Was ist wann betroffen? Welche Schäden werden erwartet?
- **Kommunikationsplan – Meldewege**
 - Wer spricht Wann mit Wem?
- **Maßnahmenkatalog für alle erforderlichen Organisationen**
 - Wer macht Was Wann Wie?
- **Ergänzendes Kartenmaterial:**
 - Dammverteidigung
(falls Hochwasserschutzdämme zu kontrollieren bzw. zu verteidigen sind)
 - Ortsverteidigung
(falls durch temporäre Schutzeinrichtungen Objekte geschützt werden können)
 - Evakuierungszonen
(falls Objekte evakuiert werden müssen)

Vom Ingenieurbüro für Kulturtechnik und Wasserwirtschaft Fa. Riocom liegt ein Angebot vom 5.3.2014 mit einer Angebotssumme in der Höhe von € 84.542,-- netto vor.

Die Fa. Riocom erstellte im Auftrag des Senningbach- bzw. Göllersbach-Wasserverbandes die Betriebsvorschriften für die gegenständlichen Hochwasserschutzanlagen.

Darüber hinaus wurde von der Fa. Riocom in zahlreichen Gemeinden ein Katastrophenschutzplan erstellt.

Das Ingenieurbüro für Kulturtechnik und Wasserwirtschaft Fa. Riocom wird für die Erstellung des Sonderkatastrophenschutzplanes – Hochwasser Stockerau gemäß Angebot vom 05.03.2014 mit einer Nettoauftragssumme in der Höhe von € 84.542,-- beauftragt.

Gemeinderat Pfeiler: Ich will vorschlagen, dass wir in der Konzepterstellung besonders berücksichtigen Maßnahmen zur Vorsorge zur Sicherung der Trinkwasserhygiene. Beim letzten Hochwasser hat es doch einige Probleme bei der Wasserversorgung gegeben. Mir ist wichtig, dass dies im Konzept enthalten ist.

Bürgermeister Laab: Das kann hinein genommen werden. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass das Wasserbecken bzw. über Herrn Ing. Sinnhuber ein Projekt stattfinden wird, dass man diese Maßnahmen einleitet. Inwieweit das baulich noch besser geschützt werden kann, wird es unabhängig davon aus unserer Seite etwas geben, weil hier es sich um einen Katastrophenschutzplan handelt. Die letzten Maßnahmen sind Gott sei Dank rechtzeitig fertig geworden – Sanierung der Dämme, die auch rasch zugesagt und schnell abgewickelt wurden. Werden wir bei den Maßnahmen, die hier vorgesehen sind, ergänzen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

2.) Regionale Leitplanung A5/S1/A22 – Grundsatzbeschluss

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

In der am 7.9.2011 stattgefundenen Gemeinderatssitzung wurde die Beteiligung der Stadtgemeinde Stockerau am Pilotprojekt Regionale Leitplanung A5/S1/A22 einstimmig beschlossen.

Die Regionale Leitplanung konzentrierte sich auf die nachhaltige Siedlungs- und Standortentwicklung, wobei die Steuerung und Aufteilung des Bevölkerungswachstums, die gemeinsame Standortentwicklung / Standortkooperationen, Baulandmobilisierung und –sicherung sowie Flächen sparen und Verdichtung eine wichtige Rolle spielte.

Zunächst wurde ein Entwicklungsleitbild erarbeitet. Es beinhaltet Grundsätze und Zielsetzungen zu drei Schwerpunktthemen: Siedlungsentwicklung, Betriebsgebietsentwicklung und Vernetzung von überregional bedeutsamen Landschaftsräumen.

In der Siedlungsentwicklung wurden drei Ortskategorien entwickelt, in denen unterschiedliche Wachstumsziele gelten sollen. Der Großteil der Bevölkerung soll sich in den, auch öffentlich gut erreichbaren und sehr gut versorgten Regionalen Schwerpunktzentren ansiedeln. Die Ergänzungszentren zeichnen sich durch eine gute Erreichbarkeit im individual oder im öffentlichen Verkehr und eine gute Versorgungsqualität aus und wachsen ebenfalls durch den Bevölkerungszuzug von außen. Orte mit Eigenentwicklung sollen nur mäßig an Bevölkerung zunehmen, hier sind die Erreichbarkeit und die Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen und Nahversorgern schlechter. Für die drei Ortskategorien konnte der Flächenbedarf bis 2025 in einer Modellrechnung ermittelt werden.

Um der Betriebsgebietsentwicklung einen Rahmen zu geben, wurden Regionale Betriebsgebiete festgelegt. Die Ansiedelung von Betrieben soll vorrangig in diesen Gebieten stattfinden.

Zusätzlich werden Mischstrukturen in den Ortszentren angestrebt. Kleinere Betriebsflächen von lokaler Bedeutung dürfen weiterhin auf geeigneten Flächen gewidmet werden.

Überregional bedeutende Landschaftsräume werden bereits jetzt als Regionale Grünzonen oder erhaltenswerte Landschaftsteile durch das Regionale Raumordnungsprogramm nördliches Wiener Umland geschützt. Im Rahmen der Leitplanung wurde eine erneute Kartierung vorgenommen und in strittigen Fällen mit den Gemeinden diskutiert.

Das mit dem in Partnerschaft von Vertretern des Landes, der Region und Gemeinden erarbeitete Pilotprojekt Regionale Leitplanung A5/S1/A22 – Nordraum Wien wurde im Rahmen des am 19.6.2013 stattgefundenen Regionalen Dialogforums eine gemeinsame Deklaration beschlossen.

Mit diesem Beschluss bekennen sich die Gemeinden und das Land zu Inhalten und Zielen der Regionalen Leitplanung und zur gemeinsamen Umsetzung.

Als weiterer Schritt sind von den jeweiligen Mitgliedergemeinden entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse zur Annahme der Inhalte der Regionalen Leitplanung und deren Umsetzung in der örtlichen Raumordnung zu fassen.

Auf Landesseite werden ausgewählte Festlegungen und Vereinbarungen der Regionalen Leitplanung in einem Regionalen Raumordnungsprogramm gemäß Niederösterreichischem Raumordnungsgesetz konkretisiert.

Der Gemeinderat nimmt die Inhalte des Pilotprojektes Regionale Leitplanung A5/S1/A22 in der Fassung vom Juni 2013 zustimmend zur Kenntnis.

Diese Inhalte werden in der örtlichen Raumordnung berücksichtigt.

Gemeinderat Pfeiler: Nach dem diese Regionale Leitplanung doch wesentliche Vorgabe für unser örtliches Entwicklungskonzept beinhaltet, soll ja auch in diesem Beschlussantrag so beschlossen werden, wäre es aus unserer Sicht notwendig gewesen, dass wir das im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss vorbesprechen, weil doch für die örtliche Entwicklung wesentliche Rahmenvorgaben gegeben werden. Ein Beispiel dazu – dieser Rahmenplan sieht vor, dass 60% der Entwicklung des Bevölkerungszuwachses in dem Entwicklungsraum in den Kernstädten, so eine davon Stockerau, liegen sollen. Das ist eine wesentliche Vorgabe und es wäre wichtig gewesen, dies zu diskutieren, weil es doch eine sehr relevante Vorgabe ist.

Bürgermeister Laab: Das, was sich hier im Konzept niederschlägt, wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen erarbeitet. Diskutiert wurden auch die Zwischenergebnisse in vorher gehenden Ausschüssen und Gremien. Hier ist es erstmalig so, dass man hier eine Richtung vorgibt oder einen Plan hat, der über die Gemeindegrenzen hinausgeht. Es handelt sich hier sicher um eine Kenntnisnahme der Absichtserklärung, weil wir nirgends sagen können, ob das, was in der Raumplanung berücksichtigt wird, wirklich stattfindet. Aber ich glaube, es ist ein wesentlicher Schritt, dass man sich zusammensetzt und eine ganze Region betrachtet und eine Entwicklung durchdiskutiert. Mehr als berichten, kann man darüber nicht, weil man nicht die Kraft hat, dort viel zu verändern, aber unsere Ideen und Einwände sind auch eingeflossen. Wir haben auch dazu beigetragen, dass es zu diesem Ergebnis zustande gekommen ist. Mag sein, dass man einen Ausschuss machen hätte können, aber, wie gesagt, Auswirkungen auf die heutige Kenntnisnahme hätte es wahrscheinlich keine gegeben.

Stadtrat Moll: Ich finde die Regionale Leitplanung grundsätzlich sehr positiv, weil damit doch Richtlinien erarbeitet wurden, die einen Wildwuchs in den verschiedensten Bereichen ausnehmen, z.B. von kleinen Katastralgemeinden, die das Landschaftsbild zum Teil sehr negativ beeinflussen, oder Konzentration von Betriebsansiedlungen in zentralen Orten wie Stockerau, um somit die Industrie- und Gewerbebetriebe dort zu haben, wo die Bevölkerung ist, um kurze Wege zur Arbeit und von der Arbeit zu haben. Also wie gesagt, dass sich jetzt jemand darüber Gedanken macht, wie die Region mit dem starken Zuwuchs und Zuzug, der aus Wien zu erwarten ist, umgeht, das finde ich positiv und daher ist dieser Antrag auch in Ordnung.

Bürgermeister Laab: Es ist auch wichtig, dass man eine Gesamtübersicht hat und unsere Richtungen auch beinhaltet sind.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

3.) Windpark Leitzersdorf – Dienstbarkeitsvertrag mit Verbund

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Verbund Renewable Power GmbH. beabsichtigt zwischen der Gemeinde Leitzersdorf und Niederhollabrunn einen Windpark, bestehend aus sechs neuen Windrädern, zu errichten. Um den Betrieb der Windenergieanlagen sicherstellen zu können, ist es notwendig, verschiedene technische Anlagen und Leitungen, wie insbesondere Trafostationen, Nieder- und Hochspannungskabeln, Datenleitungen, Erdungsanlagen sowie sonstige dazugehörige technische Anlagen zu errichten.

Die Einspeisung der gewonnenen Energie soll im Umspannwerk der EVN Stockerau auf der Senningerstraße erfolgen. Diesbezüglich werden auch Leitungen auf Grundstücken der Stadtgemeinde Stockerau verlegt. Aus diesem Grund soll zwischen VERBUND Renewable Power GmbH. und der Stadtgemeinde Stockerau ein Dienstbarkeitsvertrag abgeschlossen werden.

Der Verbund verpflichtet sich in diesem Vertrag u.a. zu folgenden Auflagen:

- Der Verbund verpflichtet sich, die von ihr verlegten Strom-, Daten- und sonstigen Versorgungsleitungen digital zu vermessen und die dabei gewonnenen Daten der Gemeinde in einem AutoCAD-File unentgeltlich und unaufgefordert zur Verfügung zu stellen.
- Der Verbund verpflichtet sich weiters, vor Abschluss der Bauarbeiten gem. § 2 NÖ. Gebrauchsabgabengesetz 1973, LGBl. 3700-7, Anträge auf Erteilung der Gebrauchs-erlaubnis bei der Gemeinde zu stellen und die bescheidmäßig vorgeschriebenen, jährlich anfallenden Gebrauchsabgaben ordnungsgemäß zu entrichten.
Derzeit beläuft sich die Abgabe auf € 28,-- je begonnene 100 lfm Kabeltrasse.
Die jährliche Abgabe liegt daher bei ca. € 630,--. (je nach Variante)
- Der Verbund verpflichtet sich, sämtliche Arbeiten unter größtmöglicher Schonung der dienenden Grundstücke durchzuführen, und die Aufgrabungsordnung des Stadtbauamtes Stockerau einzuhalten, insbesondere wird hier auf den Einsatz von Fachfirmen im Zuge von Arbeiten im Wurzelbereich von Bäumen verwiesen.

Die geplante Kabeltrasse (Variante 2) soll über den Feldweg Parz.Nr. 2085, kommend vom Grummethof über die Schießstattgasse und Senningerstraße zum Umspannwerk geführt werden.

Als Alternativtrasse (Variante 1) werden die Kabeln über den Feldweg, die Schießstattgasse bis zur B.Schilcher-Straße, Prof.E.Jirgal-Gasse und L.Uhland-Gasse und der Senningerstraße verlegt.

Beide Trassen sind im Dienstbarkeitsvertrag enthalten.

Die Variante 1 hat eine Länge von insgesamt 2.207 lfm,

die Variante 2 hat eine Länge von insgesamt 2.301 lfm.

Die jährliche Abgabe für die Variante 1 beträgt € 616,--, für die Variante 2 beträgt € 644,--.

Zur Errichtung des Windparks Leitersdorf werden diverse Leitungen im Stadtgebiet von Stockerau durch die Verbund Renewable Power GmbH. verlegt, welche mittels Dienstbarkeitsvertrag der Vertragspartner Verbund und Stadtgemeinde Stockerau abgedeckt werden.

Die jährliche Gebrauchsabgabe für die Leitungen liegt je nach Variante bei ca. € 630,--.

Stadtrat Kronberger: Welche Variante wird durchgeführt und wer entscheidet darüber?

Fachbeamter Schwarzer: Das hängt von den Einbauten ab. Wir haben mit allen Einbautenträgern eine Begehung gehabt und haben gesehen, dass in der Schießstattgasse zu wenig Platz ist. Deswegen haben wir eine Alternative gesucht, und zwar Siedlungsgebiet, wo wir keine Bäume haben. Wir decken zwei Sachen ab. Einerseits werden die Bäume nicht beschädigt und geht durch Siedlungsgebiet. Von der Länge her ist es der gleiche Weg.

Stadtrat Moll: Ich finde es wichtig, dass in diesem Zusammenhang festgehalten wird, dass auch außerhalb des Gemeindegebietes von Stockerau aus Landschaftsschutzgründen ausschließlich Erdverkabelung zum Tragen kommen wird.

Bürgermeister Laab: Es ist so geplant.

Stadtrat Moll: Es ist so geplant und vorgesehen, aber was man.

Bürgermeister Laab: Ich gehe davon aus, dass man das nicht anders macht. Laut unseren Plänen wird in die Erde verlegt.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

4.) Graphenintegrations-Plattform (GIP-nö) – Kooperationsvertrag über Datenaustausch mit dem Land NÖ

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Amt der NÖ Landesregierung hat einen landesweiten Verkehrsdatenverbund aufgebaut, um einerseits die Verwaltung durch E-Governmentprozesse noch effektiver zu gestalten und andererseits den Wünschen der Bürger und der Wirtschaft nach aktuellen, digitalen Verkehrsinformationen entgegen zu kommen.

Diesbezüglich sollen auch die Daten der Gemeinden in den Verkehrsdatenverbund einbezogen werden, wobei dieses Projekt mit Hilfe der Gemeinden erfolgreich umgesetzt werden kann.

Die ARGE GIP, bestehend aus der Fa. Prisma-Solutions, EVN Geoinfo und GeoMarketing, hat vom Land NÖ den Auftrag erhalten, sämtliche Daten von den Gemeinden zu beziehen und zu bearbeiten. Die angeforderten Daten konnten bereits erfolgreich in mehreren Arbeitsabläufen vom Bauamt erfasst und korrigiert werden und wurden bereits zur weiteren Bearbeitung an die Fa. Prisma-Solutions übergeben.

Für die laufende Wartung verpflichtet sich die Gemeinde, quartalsmäßig Aktualisierungen der ARGE GIP bekanntzugeben.

Diesbezüglich soll zwischen dem Land NÖ und der Stadtgemeinde Stockerau ein Kooperationsvertrag über Datenaustausch abgeschlossen werden.

Zur Errichtung eines landesweiten Verkehrsdatenverbundes, in dem erstmalig die Gemeinden Niederösterreichs eingebunden werden, wird zwischen dem Land NÖ und der Stadtgemeinde Stockerau zum Datenaustausch ein Kooperationsvertrag abgeschlossen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

5.) Verleihung des Kulturehrenzeichens in Gold an Breisach Emil

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Anlässlich seines 90. Geburtstags soll Emil Breisach über Initiative von Prof. Herbert Lauerer das

Kulturehrenzeichen in Gold

seiner Heimatstadt Stockerau verliehen werden. Die Überreichung soll anlässlich einer Kulturveranstaltung im Sommer dieses Jahres im Belvedereschlössl erfolgen.

Emil Breisach wurde am 21. März 1923 in Stockerau geboren und ist ein österreichischer Schriftsteller und Kulturmanager.

Emil Breisach kam 1932 im Alter von neun Jahren von Stockerau nach Graz. Von 1945 bis 1950 studierte er an der Grazer Karl-Franzens Universität Kunstgeschichte, Soziologie, Philosophie und Psychologie. Ab November 1945 arbeitete er als Sprecher und ab 1946 als Leiter der Abteilung Unterhaltung und Kabarett bei der Sendergruppe Alpenland (Radio Graz). Später schrieb er Texte für bekannte Kabarett-Ensembles wie Treffpunkt Orpheum, Forum-Zoo oder Die Tellerwäscher.

Von 1958 bis 1967 war Breisach Präsident des Forums Stadtpark. Er war Mitbegründer des Festivals „steirischer herbst“. 1968 gründete er mit Peter Vujica das Musikprotokoll, ein Festival der Neuen Musik, und das Literatursymposium. Von 1968 bis 1988 war er Landes-Intendant des ORF-Landesstudios Steiermark, und initiierte beim ORF-Studio den Österreichischen Skulpturenpark. 1971 bis 1987 hatte er an der Universität Graz einen Lehrauftrag für Medienkunde. Am 12. August 1987 gründete er die Akademie Graz und war deren Präsident bis 2006. 1994 begründete er den Literaturpreis der Akademie Graz und 1998 gründete mit anderen das Internationale Straßen- und Puppentheater-Festival LA STRADA. 2003 war er Mitorganisator der Ausstellung Steirische Moderne auf der Burg Rabenstein.

Daneben war Emil Breisach auch kulturschaffend tätig, so gibt es verschiedene Lyrikbände und auch zwei Hörspiele von ihm (Die drei Frauen des Herrn Abermann, Ein Bumerang kommt stets zurück)

Für seine Verdienste um Kultur in verschiedensten Formen wurde er mit dem Ehrenring des Landes Steiermark ausgezeichnet.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

6.) Löschungserklärung – Jagadics Marietta

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der der Jagadics Marietta, geb. 05.12.1948 zur Gänze gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 4565 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 4565 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

7.) Löschungserklärung – Völk Gerald und Caroline

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Völk Gerald, geb. 22.07.1972 und der Völk Caroline, geb. 11.04.1971 je zur Hälfte gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 5822 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 5822 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

**8.) KIG-Stockerau – Implementierung der Geschäftsordnung für die
Geschäftsführung der KIG**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zusammenhang mit den Gemeinderatsbeschlüssen rund um die Errichtung der KIG Stockerau hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 7. Februar 2008 eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der KIG beschlossen, diese wurde aber aufgrund eines fehlenden Auftrages bisher noch nicht implementiert.

Die Beauftragung des Bürgermeisters als Generalversammlung der KIG Stockerau durch den Gemeinderat, die am 7. Februar 2008 beschlossene Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der KIG zu implementieren, wird beschlossen.

Stadtrat Straka: Ich habe mich gestern wirklich gewundert, dass dieser Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung aufgenommen wird. Hier wird ein Gemeinderatsbeschluss behandelt, der bereits im Jahr 2008 gefasst worden ist, aber bis heute nicht umgesetzt wurde. Ich habe mich

deswegen auch vor drei Monaten an die Gemeindeaufsicht gewandt, um diese Umsetzung eben zu erlangen. Es wäre schön gewesen, wenn diese Maßnahmen sofort gesetzt worden wären. Es hätte uns und der BH eine Menge an Arbeit erspart. Dieser Beschluss wird dazu führen, dass der Gemeinderat in Zukunft früher über die Lage der Geschäfte in der KIG erfahren wird, weil eben Geschäftsberichte nach Vorliegen dem Gemeinderat vorzulegen sind. Ich hoffe, dass es auch dazu kommt, dass der 2. Punkt meiner Aufsichtsbeschwerde genauso behandelt wird. Ich freue mich, dass zumindest einmal dieser erste Punkt umgesetzt wird.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

V. Anträge des Stadtrates

a) Finanzen

1.) Rechnungsabschluss 2013

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluss 2013 der Stadtgemeinde Stockerau einschl. der Bestattung Stockerau, der Mittelschulgemeinde, der Polytechnischen Schule, der Sonderschulgemeinde, des Staatsbürgerschaftsverbandes, des Standesamtsverbandes, ist in der Zeit vom 11. März 2014 bis einschließlich 25. März 2014 gemäß § 83 der NÖ Gemeindeordnung zur Einsicht durch die Gemeindemitglieder aufgelegt.

Der vorliegende Rechnungsabschluss weist lt. Gesamtübersicht auf den Seiten 8 - 11 für das Finanzjahr 2013 folgende Summen auf:

<u>ordentlicher Haushalt</u>	SOLL-Einnahmen	€ 43.353.810,19
	SOLL-Ausgaben	€ 43.344.270,59
<u>außerordentlicher Haushalt</u>	SOLL-Einnahmen	€ 6.411.882,74
	SOLL-Ausgaben	€ 7.292.520,66

Aufgrund dieser Summen ergibt sich für 2013 im OHH ein SOLL-Überschuss von € 9.539,60.

Unter Berücksichtigung des vorgetragenen Fehlbetrages aus den Vorjahren in Höhe von € 4.168.433,23, ergibt sich ein SOLL-Fehlbetrag von € 4.158.893,63.

Der AOHH weist 2013 einen SOLL-Fehlbetrag in Höhe von € 880.637,92 aus, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorjahre errechnet sich ein SOLL-Fehlbetrag von € 6.435.382,10.

Im Detail ergeben sich im Ordentlichen Haushalt folgende Summen:

Den veranschlagten <u>Einnahmen</u> von	€ 46.636.400,00
stehen tatsächliche Einnahmen von	€ 43.353.810,19 gegenüber.
Dies bedeutet eine Unterschreitung von	€ 3.282.589,81

<u>Ausgabenseitig</u> wurden ebenfalls veranschlagt	€ 46.636.400,00
bei einem tatsächlichen Ergebnis von	€ 47.512.703,82
ergibt eine Überschreitung von	€ 876.303,82

Analysiert man die einzelnen Gruppen bzw. Abschnittsergebnisse – also jeweils die Abweichungen zum Voranschlag in Summe (Einnahmen abzügl. Ausgaben) ergeben sich

im ordentlichen Haushalt

folgende Detailergebnisse:

Gruppe 0: 9.762,16
Ansatz 0140: bei Kontrolleinrichtung keine Personalkosten angefallen (50.400)
Ansatz 0190: Mehraufwand bei 3-Tagesfest und weniger Einnahmen (-20.585)
Ansatz 0630: Minderaufwand bei Städtekontakten (14.760)

Gruppe 1: -28.210,90
Ansatz 1790: Mehraufwand durch Hochwasser und rechtliche Vertretung
Betreffend Gießgang und Kraftwerkstraße

Gruppe 2: -174.382,08
Ansatz 2112: Mehraufwand Wärme bei VS-West (-10.950)
Ansatz 2130: Gutschrift aus Abrechnung Sonderschule 2012 (16.059)
Ansatz 2590: Für den Aufwand Jugendbetreuung wurde zu wenig veranschlagt
(-19.563)

- Ansatz 2630: Sporthalle-Mehraufwand durch Betriebsprüfung, Mieten u. Betriebsausstattung bzw. weniger Einnahmen (-98.927)
- Ansatz 2640: Eislaufplatz-Mehraufwand bei Lohnkosten, chemischen Mitteln und Reinigung (-23.709)
- Ansatz 2620: Sportplatz: Einsparung, kein Aufwand für Personal Bauhof (34.152)

- Gruppe 3: -390-913,04
- Ansatz 3000: Im VA wurden beim Kulturamt zu wenige Lohnkosten veranschlagt, da diese ursprünglich bei der Bestattung berücksichtigt ebenso bei den Leistungserlösen (-49.366)
 - Ansatz 3200: geringere Einnahmen bei Musikschule (-24.493)
 - Ansatz 3250/3251: Rückersatz von Ausgaben zu viel veranschlag und zusätzlicher Abgang Festspiele nicht vorgesehen (-248.345)
 - Ansatz 3900: Förderung ev.Pfarre für Umbau (-10.726)

- Gruppe 4: -87.662,53
- Ansatz 4190: Weniger Sozialhilfeaufwand: (37.241)
 - Ansatz 4210: Pflegeheim – Höherer Personalaufwand durch Krankenstandsvertretung und Mindereinnahmen beim Pflegegeld (-92.203)
 - Ansatz 4390: Höhere Miete für Judithastraße und höhere Kosten Shuttlebus (-20.631)

- Gruppe 5: 9.144,33
- Ansatz 5521: Gesundheitswesen – Bei Darlehenstilgung eine Tilgung zu wenig im VA vorgesehen bzw. weniger Einnahmen von Land (-51.390)
 - Ansatz 5620: NÖKAS-Aufwand geringe (26.527).
 - Ansatz 5100: Weniger Aufwand bei Hauskrankenpflege (13.715)

- Gruppe 6: -75.948,80
- Ansatz 6120/6400: Mehraufwand bei den internen Kostenersätzen im Bereich der Gemeindestraßen (-130.868) bzw. Mehreinnahmen daraus bei den Einrichtungen nach der STVO (71.330)

- Gruppe 7: 78.159,14
- Ansatz 7820: Weniger Ausgaben bei der Wirtschaftsförderung (57.495)

- Gruppe 8: 84.593,36
- Ansatz 8140: Straßenreinigung-bei internen Leistungen Mehreinnahmen und Mehrausgaben, Mehraufwand Auftaumittel (-58.168)
 - Ansatz 8150: Grünanlagen - Mehraufwand bei internen Leistungen (-43.217)
 - Ansatz 8200: Beim Bauhof Mehreinnahmen aus weiterverrechneten und internen Leistungen (245.330)
 - Ansatz 8330: Mindereinnahmen bei Sauna, Solarium u. sonst. Einnahmen (-31.130)
 - Ansatz 8510: Mehreinnahmen Kanalanschlussgebühren und mehr Gewinnentnahmen getätigt (150.000)

Ansatz 8521/8522: Bei Müllbeseitigung weniger Einnahmen bei Wertstoffen, Biomüll und Kompost und Mehreinnahmen aus internen Leistungen (-65.400)

Ansatz 8940: Beim Z2000 waren das Geschäftslokal und der Gastrobetrieb nicht das ganze Jahr vermietet, daher weniger Einnahmen – ebenso weniger Eigenveranstaltungen (-123.838)

Gruppe 9: - 3,583.435,37

Ansatz 9000: gesonderte Verwaltung – weniger Aufwand bei Schadensfällen und Mehraufwand bei den Rechtskosten (42.861)

Ansatz 9120: keine Rücklage mehr, wird für Annuität 2014 verwendet (108.997)

Ansatz 9140: höhere Gewinnentnahme bei ABA (234.323)

Ansatz 9200: weniger Aufschließungsbeiträge (-282.907) und Kommunalsteuer (-52.427)

Ansatz 9250: mehr Ertragsanteile nach Bev.Schlüssel (309.501)

Ansatz 9800: Beim formellen Haushaltsausgleich/BZ-Mittel wurden 4,65 Mio. veranschlagt – 750.000 sind eingelangt (-3,9 Mio)

Personalkostenvergleich:

RA 2009:	11.172.229,95	Personalkostenzuschuss:	76.021,09
RA 2010:	11.411.501,42	Personalkostenzuschuss:	57.543,27
RA 2011:	11.285.532,82	Personalkostenzuschuss:	29.850,68
RA 2012:	11.885.831,32	Personalkostenzuschuss:	26.198,08
RA 2013:	12.091.370,47	Personalkostenzuschuss:	38.430,91

Zinsaufwand (inkl. Kassenkredit):

RA 2009:	1.059.772,88
RA 2010:	600.690,23
RA 2011:	787.971,43
RA 2012:	752.025,00
RA 2013:	640.490,99

Schulden – Leasing – Haftungen - Rücklagen

Der Schuldenstand weist per 31.12.2013 einen Stand von € 37.236.993,99 auf.

Zu Beginn des Jahres hafteten € 35.385.859,78 aus.

Die Zugänge betragen 2013 € 5.281.908,55

Die Darlehenstilgungen betragen € 3.430.774,34

und der Zinsendienst ist mit € 504.849,93 ausgewiesen.

Entwicklung des 6-Mon-Euribors	:	01.01. 0,319 %
		30.06. 0,335 %
		31.12. 0,389 %

Der Leasingaufwand betrug im Jahre 2013 € 2.726.393,66, somit haftet per 31.12.2013 ein Betrag von € 22.123.388,23 aus.

Der Stand der Haftungen beträgt per 31.12.2013 € 53.972.638,21.

Die Rücklagen betragen am Ende des Haushaltsjahres € 1.574.433,00.

Die verrechneten bzw. umgelegten Leistungen des Wirtschaftshofes betragen 2013 sowohl einnahmenseitig als auch ausgabenseitig € 3.103.384,76.

Investitionsbudget (A.O.Haushalt)

Im vorliegenden A.O. Rechnungsabschluss wurden Einnahmen in Höhe von € 6.411.882,74 und Ausgaben von € 7.292.520,66 getätigt. Der Sollfehlbetrag beträgt incl. Der Vorjahre € 6.435.382,10.

In den SOLL-Einnahmen sind Darlehensaufnahmen in Höhe von € 5.281.908,55 enthalten und zwar

Für den Bereich Wasserversorgung	€ 1.139.418,97
Für den Bereich Abwasserbeseitigung	€ 1.458.489,58
Für den Bereich Straßenbau	€ 820.000,--
Für den Bereich Parkanlagen/Kinderspielplätze	€ 104.000,--
Für den Bereich Grundbesitz	€ 130.000,--
Für den Bereich Friedhof	€ 170.000,--
Für den Bereich Reiterkaserne	€ 200.000,--
Für den Bereich Abfallbeseitigung	€ 1.260.000,--

Vorhaben 2 – Volksschulen: Der Aufwand für die Adaptierung von Räumlichkeiten für die Nachmittagsbetreuung im Bereich der Volksschulen betrug € 1.192.795,02. Die Endabrechnung erfolgt im Jahre 2014.

Vorhaben 10: Der Gesamtaufwand für den Straßenbau betrug € 976.144,21. Darin enthalten sind Baumaßnahmen im Bereich der Wiesenersiedlung, Prinz-Eugen-Straße, Heid-Werkstraße, Außenanlage ev. Kirche, Kleinbaustellen und Frostaufbrüche.

Vorhaben 11 – Wasserversorgung: für die einzelnen Bauabschnitte sind folgende Kosten angefallen:

BA06	80.084,82
BA07	29.274,95
BA08	183.435,22
BA13	53.317,14

Vorhaben 12 – Abwasserbeseitigung: Bei folgenden Bauabschnitten wurden Investitionen getätigt:

BA12	84.613,50
BA101	35.211,02
BA18	66.849,80
BA19	201.610,31

Im Bereich der Kläranlage wurden Aufwendungen im Gesamtausmaß von € 157.744,65 getätigt, vor allem für Zubau Kläranlagengebäude und Restkosten Gasanlage.

Vorhaben 13 – Abfallbeseitigung: Der Gesamtaufwand betrug € 702.047,16, der überwiegend durch die Entsorgungskosten der Siebreste und Sickerwasser verursacht wurde.

Vorhaben 17 – Friedhof: Die Kosten der Friedhofserweiterung (Grabanlagen und Außenanlagen) und Errichtung einer weiteren Urnenwand betrugen € 194.072,06.

Vorhaben 20 – Grundbesitz: Enthalten sind Grundstücksankäufe

- im Bereich Hecklstraße in Höhe von € 180.000,--
- Manhartstraße 48 – Restbetrag € 140.000,--

sowie Grundstücksverkäufe im Gebiet Industriegebiet OST

Je ein Entwurf des Rechnungsabschlusses wurde den im Gemeinderat vertretenen Parteien zu Beginn der Auflagefrist übermittelt

Vizebürgermeisterin Hermanek: Sehr verehrte Damen und Herren!

Zu Beginn meiner Ausführungen über den vorliegenden RA 2013 muss ich leider feststellen, dass sich die finanzielle Lage der Stadt, trotz der schon eingeleiteten Maßnahmen nicht wesentlich gebessert hat. Positiv möchte ich jedoch schon anmerken, dass für das Jahr 2013 ein knappes Plus erzielt werden konnte.

Das Ergebnis im ordentlichen Haushalt zeigt folgendes Bild:

Der Rechnungsabschluss 2013, wie auch im Amtsbericht angeführt, stellt sich wie folgt dar:

Die Gesamteinnahmen des Ordentlichen Haushaltes betragen im abgelaufenen Haushaltsjahr € 43.353.810,--, das bedeutet eine Steigerung von 1,64% gegenüber dem Vorjahr. Dazu werde ich in meinen Ausführungen noch eingehen.

Die Gesamtausgaben (ohne Fehlbetrag der Vorjahre) sind mit € 43.344.271,-- ausgewiesen, welche gegenüber 2012 um 1,74% gestiegen sind.

Aus diesen Zahlen ergibt sich für das Jahr 2013 ein Überschuss von € 9.539,60.

Unter Berücksichtigung des vorgetragenen Fehlbetrages in Höhe von € 4.168.433,23 ergibt sich somit ein Gesamtfehlbetrag von minus € 4.158.893,63, welcher wiederum in das neue Jahr vorgetragen wird. In den letzten beiden Jahren konnte daher der Abgang um rund € 60.000,-- reduziert werden.

Betrachtet man den Rechnungsquerschnitt, so wird man feststellen, dass die Ertragsanteile mit fast € 13 Mio. oder 30,6% die größte Einnahmenposition darstellt. An zweiter Stelle findet man die Einnahmen aus Leistungen (wie z.B. Eintrittsgelder, Kindergartenbeiträge etc.) mit € 8,4 Mio. oder 19,8%, gefolgt von den Eigenen Steuern mit € 8,1 Mio. oder 19,2% und den Gebühren mit € 7,9 Mio. oder 18,6%. Ausgabenseitig ist der Verwaltungs- u. Betriebsaufwand mit € 14,6 Mio. oder 36,6% die größte Position. Danach findet man den Personalaufwand mit € 12,1 Mio. oder 30,3% und die Transferzahlungen mit € 7 Mio. oder 17,6%.

Darin enthalten sind sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig die internen Leistungen Wirtschaftshof in Höhe von € 3,1 Mio.

Die Vergleichsrechnung der Jahresergebnisse 2012 und 2013 basiert auf zwei Berechnungsmethoden.

Bei der ersten Berechnungsmethode werden jene Beträge ermittelt, welche von der Stadtgemeinde beeinflussbar sind. Dabei werden von den jeweiligen Jahressummen alle nicht beeinflussbaren Beträge (Ertragsanteile, Umlagen etc.) und alle Einmalbeträge (Rücklagen, Zuführungen, Fehlbeträge, BZ etc.) in Abzug gebracht. Dies ergab für 2012 einen Betrag von rund minus € 6,7 Mio. und für 2013 einen Betrag von rund minus € 7,3 Mio. Daraus ergibt sich eine Verschlechterung der beeinflussbaren Größe von rund € 600.000,--.

Bei der zweiten Vergleichsmethode wurde das reine Jahresergebnis ermittelt, indem vom Gesamtergebnis im jeweiligen Jahr die Fehlbeträge und die - falls durchgeführten -Zuführungen vom AO abgezogen wurden. Dabei zeigt sich, dass mit minus € 240.460,-- das Jahresergebnis negativ ausfällt (2012 wurden € 50.638 erzielt).

In diesem Ergebnis sind auch Bedarfszuweisungsmittel in Höhe von € 750.000,-- enthalten. Im Vergleich zum Vorjahr sind diese jedoch um € 180.000,-- geringer ausgefallen.

Lässt man sowohl im Jahre 2012 als auch 2013 sämtliche Bedarfszuweisungsmittel außer Acht, so hat sich das Ergebnis um rund € 139.000,-- verbessert.

Die wesentlichen Zahlen im Detail:

Bei den Ertragsanteilen ist erfreulicherweise wiederum eine Steigerung im Ausmaß von 5,88% zu verzeichnen. Das Ergebnis von € 13 Mio. wurde gegenüber 2012 um rd. € 0,7 Mio. übertroffen. Die vergleichbare Steigerung im Vorjahr betrug 2,68%.

Die Kommunalsteuer konnte nach einem geringfügigen Rückgang 2012 im vorliegenden Rechnungsergebnis wieder um € 47.855,-- gesteigert werden – liegt jedoch unter dem erwarteten Voranschlag. Trotzdem ist das Ergebnis von € 5.247.000,-- neben den Ertragsanteilen die zweitwichtigste Einnahmenposition im Budget (rund 12,1%).

Bei den Aufschließungskosten konnte auch nicht das erwartete Ergebnis erzielt werden, hier ist es jedoch schwierig vorherzusagen, wie viele Bauplätze geschaffen bzw. umgewidmet werden. Bei allen anderen Gemeindeabgaben wurden die gesteckten Ziele größtenteils erreicht oder übertroffen.

Bei den Festspielen konnten die gesteckten Ziele und Erwartungen aus finanzieller Sicht nicht erreicht werden. Ursprünglich war für das neu ausgerichtete Festival ein Zuschuss der Stadt in Höhe von € 130.000,-- vorgesehen. Leider musste man bei der Abrechnung feststellen, dass die Stadt einen zusätzlichen Betrag von € 248.345,-- zuschießen musste.

Bei den Freizeitbetrieben wurden unterschiedliche Ergebnisse erzielt.

Beim Freibad wurden wie im Vorjahr wieder knapp € 180.000,-- an Einnahmen erzielt und der Voranschlag übertroffen. Beim Hallenbad sind die Erlöse etwas rückläufig, was auf die Wiedereröffnung der Anlage in Korneuburg zurückzuführen ist. Mit Einnahmen von € 350.024,-- (2012 waren es € 391.686) konnten 57,7% der Ausgaben bedeckt werden.

Beim Veranstaltungszentrum sind die Erträge hinter den Erwartungen geblieben. Dies ist vor allem durch die Leerstehung des Gastronomielokales und des Verkaufslokales im Stadtsaal und durch weniger Eigenveranstaltungen zurückzuführen. Für 2014 sollten die Erträge wieder steigen, zumal eine Anpassung der Tarife bereits beschlossen wurde. Die Kostendeckung beträgt hier 23,6% inkl. der Refinanzierungskosten.

Bei den sogenannten Betrieben mit marktbestimmter Tätigkeit konnten überwiegend ausgeglichene Ergebnisse oder sogar Gewinne erzielt werden. Dies betrifft die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, den Bereich der Abfallbeseitigung/Mülldeponie und den Friedhof.

Wie jedes Jahr möchte ich auch wieder auf die an das Land zu entrichtenden Umlagen hinweisen, da diese mit einer Summe von € 6,849.691,-- wesentliche und nicht beeinflussbare Aufwendungen darstellen und bei den Ertragsanteilen einbehalten werden. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt € 300.384,-- oder 4,6%. Hier ist positiv anzumerken, dass die Steigerung der Ertragsanteile mit 5,9% höher ausgefallen ist als der einbehaltene Sozialaufwand. Aus dieser Differenz ergibt sich ein Plus von € 421.023,--. Trotzdem bleiben von den Bruttoertragsanteilen der Stadt nur 47,2% (2012 waren es 46,6%).

Für die gesamte Gruppe 4 – in welcher u.a. das Pflegeheim die Sozialhilfe- und die Jugendwohlfahrtsumlage enthalten ist – musste die Stadt im Jahr 2013 einen Betrag von insgesamt € 3,8 Mio. zuschießen.

In diesem Betrag sind u.a. auch folgende Zahlen aus dem Bereich Soziales und Förderungen enthalten:

Elektrofahrräder mit	€ 1.400,-- gefördert,
Solaranlagen mit	€ 6.480,--
Sicheres Wohnen mit	€ 978,10
an Heizkostenzuschüssen wurden	€ 14.960,-- ausbezahlt,
an Mietzinszuschüssen	€ 32.429,53
für den NÖ Familienpass	€ 5.556,52
der Nachtbus kostet jährlich	€ 9.595,51
der Jugendshuttlebus	€ 4.937,29
die Schülerbeförderung	€ 8.710,88
und die Stillgruppe	€ 2.460,00
Die Kosten der Heimhilfe belaufen sich auf	€ 51.247,34,
die Tagesmütter inkl. Kindertreff mit	€ 28.158,00
Essen auf Rädern	€ 7.291,43.

Insgesamt beläuft sich die Summe dieser Förderungen auf € 174.204,60.

Für die von der Stadt betriebenen Kindergärten schlägt sich ein Aufwand in Höhe von € 1.460.657,-- zu buche, dem Einnahmen im Betrag von € 470.362,-- gegenüber stehen. Für Kinderbetreuungseinrichtungen war eine Summe von € 1.108.330,-- als Abgangsdeckung erforderlich.

Der Schuldenstand betrug Ende des Haushaltsjahres rund € 37,2 Mio. und ist um € 1,8 Mio. höher als im Vorjahr.

Die Leasingverpflichtungen reduzierten sich von € 23,9 Mio. auf € 22,2 Mio., der Aufwand inkl. Zinsaufwand betrug € 2,7 Mio.

Die Haftungen betragen am 31.12. ca. € 54 Mio., davon entfielen auf die KIG € 52,4 Mio.

Der Rücklagenstand betrug am Jahresende € 1,6 Mio.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bin der Ansicht, dass weitere Bemühungen und Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Budget zu stabilisieren. Es konnte 2013 unter Mithilfe des Landes NÖ ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden. Die Frage des Vorjahres möchte ich wiederholen, wie ein Ausgleich oder sogar ein Überschuss erzielt werden soll wenn immer mehr Lasten den Gemeinden überwältzt werden. Hier denke ich vor allem an den großen Bereich der Kinderbetreuung und Sozialwesen. Es werden zwar die Errichtungskosten zum Teil vom Land gefördert, für die laufenden Aufwendungen von den Refinanzierungskosten bis zu den Betriebs- und Personalkosten muss dann die Kommune aufkommen, ob sie will oder nicht.

Das gleiche gilt für die im September 2013 in Betrieb genommene schulische Nachmittagsbetreuung. Diese vier Monate sind zwar ausgeglichen, wenn jedoch im Jahre 2015 die Refinanzierungskosten zum Tragen kommen, müssen die Elternbeiträge sicherlich angehoben werden.

Daher heißt es, den Gürtel enger schnallen und sämtliche Bereiche auf Kostenreduzierung und Einnahmensteigerung zu durchleuchten. Gemeinsam mit dem KDZ wird uns das sicher gelingen.

Wir blicken jedoch weiterhin positiv in die Zukunft und werden sicher die anstehenden Aufgaben und Schwierigkeit wieder lösen können.

In diesem Sinne darf ich mich abschließend bei allen, die an der Erstellung der Rechnungsabschlusses 2013 beteiligt waren, recht herzlich bedanken, besonders bei Herrn Bürgermeister Laab und Herrn Buchhaltungsdirektor Zimmermann. Mein besonderer Dank gilt auch den Gemeindebürgern und Unternehmen der Stadt als Gebühren- und Steuerzahler sowie den Gemeindebediensteten für Ihre Tätigkeit. Ich darf Sie ersuchen, die Überziehungen gem. § 15 Abs. 1 Z 7 VRV, welche dem Amtsbericht beiliegen, als erläutert zu betrachten und ohne weitere Verlesung zu genehmigen.

Antrag:

Der Rechnungsabschluss 2013 der Stadtgemeinde Stockerau einschließlich der Bestattung Stockerau sowie der Erläuterungen der Überziehungen wird genehmigt.

Die Jahresrechnung der Mittelschulgemeinde Stockerau
der Polytechnischen Schule Stockerau
der Sonderschulgemeinde Stockerau
des Staatsbürgerschaftsverbandes Stockerau
sowie des Standesamtsverbandes Stockerau wurden bereits von den zuständigen Organen genehmigt und werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Straka: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe ZuhörerInnen!

Ich möchte im Rahmen unserer Budgetrede wieder nur ein Detail genauer ausführen, welches unserer Meinung nach allerdings in sich hat.

Eine Sache, die sowohl vom Rechnungshof wie auch von der Gemeindeaufsicht immer wieder kritisiert wurde, ist die Überziehung unseres Kassenkredites. Dieser Kassenkredit dient der Bedienung von laufenden Ausgaben, er darf maximal 10% der Summe des ordentlichen Haushaltes betragen – in unserem Fall ca. € 4,3 Mio.

Der jetzige Stand beläuft sich auf €12,6 Mio., also um € 8,3 Mio. zu viel.

Dieser Kassenkredit ist die einzige Möglichkeit, Vorhaben des ordentlichen Haushaltes kurzfristig mit Kredit zu finanzieren.

Was aber macht Stockerau? Seit Jahren überzieht sie dieses Limit um bis zu 300% und verstößt damit eindeutig gegen die Gemeindeordnung (§79GemO).

2009	€	13,5 Mio.
2010	€	8,4 Mio.
2011	€	8,3 Mio.
2012	€	11,6 Mio.
2013	€	12,6 Mio.

Nachdem die Gebarungseinschau im Jahr 2009 diesen Missstand bemängelt hat, wurde eine vermeintliche Gewinnausschüttung der KIG (was in Wirklichkeit eine Auflösung von Rücklagen war) in der Höhe von € 5,9 Mio. dazu verwendet, die Überziehung etwas zu verringern. Diesen Betrag müssen wir 2018 an die KIG zurückzahlen. Seit dem Jahr 2009 hätten wir laut GR-Beschluss diesen Betrag ansparen müssen, geschehen ist das bis heute nicht.

Im Jahr 2012 lag der Betrag schon wieder über € 10 Mio., was sowohl Rechnungshof und die Gemeindeaufsicht aufzeigen und eine dauernde Absenkung auf den gesetzeskonformen Betrag von € 4,3 Mio. fordern.

Wir müssen nun allein aus diesem Punkt insgesamt € 14,2 Mio. zurückzahlen, dürfen dafür aber gemäß Gemeindeordnung keinen Kredit aufnehmen.

Müssen wir nun Eigentum der Gemeinde veräußern, um zu diesem Geld zu kommen – oder müssen wir die Gebühren drastisch erhöhen – oder muss bei den Ausgaben – die größten Posten sind Personalkosten – gespart werden.

Wieso bei solchen Fehlbeträgen im RA 2013 ein positives Ergebnis von € 9.000,-- erzielt werden kann, ist uns schleierhaft.

Wir werden daher diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen.

Stadtrat Moser: Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu Beginn zur Wortmeldung von Stadtrat Straka – die Tatsache ist seit Jahren bekannt, aber überraschend, dass er trotz der Zustimmung der vergangenen Jahre, wo die Tatsache dieselbe war, jetzt zu einer anderen Schlussfolgerung kommt.

Zum Rechnungsabschluss an sich – erwartungsgemäß nehmen wir das ein bisschen kritischer als Frau Vizebürgermeisterin das ausgeführt hat, weil wir einfach sehen, dass das knapp positive Ergebnis von € 9.000,-- bei einem Budget von € 43 Mio., trotz der weniger ambitionierten Aktivitäten der Stadt, zustande gekommen ist.

Zunächst ein paar Anmerkungen zu den Einnahmen.

Gerettet haben uns 2013 im Wesentlichen drei Punkte.

1. Punkt: Es wurde schon kurz angesprochen, die in der Vergangenheit oft kritisierten Bundesertragsanteile. Sie sind nicht nur gestiegen, wie erwähnt wurde, sie sind im Jahr 2013 geradezu explodiert – plus 6%, mehr als € 700.000,-- gegenüber dem Vorjahr, grob 10 Mio. Schilling im alten Geld.

2. Punkt: Die Bedarfszuweisung des Landes NÖ plus € 450.000,-- gegenüber dem Voranschlag, nicht zuletzt Dank der Aktivitäten der Vizebürgermeisterin Niederhammer, die knapp vor Jahresende € 250.000,-- aus St. Pölten nach Stockerau geholt hat.

3. Punkt, der sehr budgetpositiv gewirkt hat, ist eben die Fortsetzung der Belastungspolitik gegenüber unseren Gebührenzahler, insbesondere im Bereich Wasserversorgung und Kanal. Wir haben wiederum einen Rekordüberschuss von rund € 1,7 Mio. erzielt.

Weniger gut schaut es dort aus, wo wir uns im freien Wettbewerb bewegen müssen – Stichwort Kommunalsteuer – stagniert seit ungefähr vier Jahren auf dem selben Niveau, ein paar tausend Euro auf oder ab. Bereinigt durch die Inflationsrate - real eigentlich ein Rückgang – wahrscheinlich ein Einzelfall im Speckgürtel von Wien.

Bei den Ausgaben, es wurde erwähnt, konnte die Dynamik nicht eingebremst werden. Hier gibt es die Steigerung im Bereich von ungefähr 2% durchschnittlich inkl. Personalkosten.

Abschließend ein Wort zum Schuldenstand. Er wurde aufgeteilt, in Einzelpositionen bereits erwähnt. Hier möchte ich gerne zusammenfassend erwähnen, dass wir trotz historisch niedrigster Zinsen in Summe rund € 126 Mio. Gesamtbankverbindlichkeiten haben, wenn man eben die Darlehen der Gemeinde, den kapitalisierter Leasingaufwand, den Kassenkredit und die Bankverbindlichkeiten der KIG zusammenzählt.

Ich kann daher insgesamt meinen Kollegen nur empfehlen, dem vorliegenden Rechnungsabschluss nicht die Zustimmung zu erteilen.

Stadtrat Moll: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Mir liegt der gleiche Rechnungsabschluss vor wie meinen Vorrednern, daher kann ich auch nicht zu westlich anderen Schlussfolgerungen kommen.

Dramatisch ist die Situation bei den Kassenkrediten tatsächlich. Ich habe in meiner Budgetrede auch schon darauf hingewiesen, und das war auch der Grund, warum wir damals dem Voranschlag nicht die Zustimmung gegeben haben. Dass jetzt die Gemeindeaufsichtsbehörde des Landes NÖ uns nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam macht, dass es keinesfalls zu einer Bedeckung über Darlehen kommen kann, macht uns die Sache nicht wesentlich leicht.

Bei dieser Besprechung des Voranschlages 2014, den der Herr Bürgermeister und die Frau Vizebürgermeisterin Niederhammer bei der Gemeindebehörde im Land NÖ geführt haben, wurde vor allem auch darauf hingewiesen, dass die freie Finanzspitze verbessert werden muss. Nachdem ich auch bei den Budgetreden immer von dieser freien Finanzspitze rede, möchte ich jetzt einmal erklären. Und zwar, die freie Finanzspitze ist die Differenz zwischen dem Ergebnis der laufenden Gebarung – in einer Bilanz vergleichbar mit dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit – abzüglich der Rückzahlungen von Finanzschulden. Das hat sich 2013 gegenüber 2012 um rund € 200.000,- leider wieder verschlechtert und ist mit € 1,045 Mio. negativ. Dieses Negativsein heißt, dass die Gemeinde in Wirklichkeit ihren Verpflichtungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit, aus der laufenden Gebarung nicht mehr nachkommen kann und weitere Schulden eingehen muss. Das sieht man dann natürlich auch im Rechnungsabschluss, dass die Ausgleicheung der Schulden um 5,23% auf jetzt größer um € 37 Mio. auch tatsächlich eingetreten ist.

Die heute schon mehrmals zitierte „Schwarze Null“ im Rechnungsabschluss ist verschiedenen Faktoren, die wir auch schon gehört haben, zuzuschreiben, wobei für mich in erster Linie Einmaleffekte zu tragen kommen. Das ist ein weiterer Punkt zur Sorge für die Zukunft, nämlich 1. die Sonderbedarfszuweisungen vom Land NÖ in der Höhe von diesmal € 750.000,- gegenüber dem Vorjahr mit € 930.000,-, wenn ich mich richtig erinnere, aber immerhin noch € 750.000,-. 2. es wurde vom außerordentlichen Haushalt ein Zuschuss aus Grundverkäufen in den ordentlichen Haushalt transferiert in der Höhe von € 250.000,-. Also diese beiden Beträge ergeben rund € 1 Mio. Wenn die nicht in dieser Höhe fließen würden, hätten wir statt der „Schwarzen Null“ eine „Rote“, nämlich minus € 1 Mio.

Dazu kommen auch die schon angesprochenen Gewinnentnahmen aus den sogenannten marktbestimmten Betrieben wie Wasserversorgung, Müllbeseitigung in der Höhe, wie auch schon Stadtrat Moser aus dem Rechnungsabschluss herausrechnen konnte, von rund € 1,7 Mio. Das Problem dabei ist, dass diese € 1,7 Mio., oder besser gesagt, diese Gewinnausschüttungen, die in das allgemeine Budget eingetragen werden, nicht, zumindest nach Auffassung des Verfassungsgerichtshofes, nicht konform ist. Also, die Verwendung, wie wir sie machen ist nicht konform. Die Gemeindeaufsichtsbehörde hat hier eine etwas andere Sicht

der Dinge. Jedenfalls müssen wir meiner Meinung nach, Klarheit schaffen vor allem Rechtsicherheit schaffen. Fest steht, dass diese € 1,7 Mio. für uns essenziell sind und, wie gesagt, ein einigermaßen ausgeglichener Haushalt ohne dem überhaupt nicht möglich wäre. Andere Faktoren wurden auch schon angesprochen. Ich wiederhole mich, wenn ich die Steigerung der Bundesertragsanteile ins Treffen führe. Kommunalsteuer hat sich positiv entwickelt, wenngleich nicht den Erwartungen entsprechend und der gleichen mehr.

Auf der Ausgabenseite steht bei den Transferzahlungen die auch schon erwähnten Zahlungen an das Land NÖ, die mit 4,8% gestiegen sind und jetzt die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben mit rund € 6,8 Mio. zu buche steht.

Lange Rede, kurzer Sinn – der Rechnungsabschluss 2013 zeigt einmal mehr, dass wir in der Zukunft gewaltige Anstrengungen unternehmen müssen, um weiterhin fern einer sogenannten Sanierungsgemeinde zu sein, aber es besteht jedenfalls Handlungsbedarf. Wir kommen heute noch zu Tagesordnungspunkten in unserer Sitzung, wo genau dieser Handlungsbedarf, der uns auch vom Land NÖ vorgeschrieben wird, zu besprechen sein wird. Das Land NÖ droht nämlich, sollten wir diesen Forderungen nicht nachkommen, dass wir keine Bedarfszuweisungen in der Zukunft bekommen werden.

Im Unterschied zu Herrn Stadtrat Moser und Herrn Stadtrat Straka werden wir, ich will schon sagen einer Tradition entsprechend, dem Rechnungsabschluss aber schon zustimmen und zwar aus folgendem Grund. Auch hier wiederhole ich mich, das ist praktisch jedes Jahr die gleiche Aussage. Der Rechnungsabschluss ist für mich die in Zahlen gegossene Tätigkeit des vergangenen Jahres. Wir hätten im Laufe des Jahres natürlich verschiedene Korrekturen machen müssen, wenn uns diese Dramatik so bewusst geworden wäre. Ich habe hier auch schon mehrmals vorgeschlagen, dass wir bei Finanzausschusssitzungen Quartalsergebnisse vorgelegt bekommen, um eben noch zeitgerecht das Ruder herumreißen zu können. Aber die politische Willensbildung einer Gemeinde findet nicht in der Diskussion um den Rechnungsabschluss sondern in der Diskussion um den Voranschlag statt. Das ist auch der Grund, warum wir diesen Voranschlägen in der Regel in den letzten Jahren nicht zugestimmt haben mit einer Ausnahme. Das war 2011, glaube ich, wo wir alle guten Willen gewesen sind, die Probleme, die auf die Stadt Stockerau zukommen, gemeinsam zu tragen. Eine Ablehnung des Rechnungsabschlusses ist für mich aber auch in Wirklichkeit ein Misstrauen, das dem Bürgermeister gegenüber als oberste Instanz der Gemeinde ausgesprochen werden müsste. Aber da sind wir noch nicht bereit dazu, dieses Misstrauen auszusprechen und hoffen doch, dass wir gemeinsam in der Zukunft das Ergebnis verbessern werden.

Bürgermeister Laab: Von Herrn Straka angesprochenen Kassenkredit - es sind hier Beträge drinnen, die nicht unter die Bezeichnung fallen, weil wir beschlossen haben, Baukonten für diverse Vorhaben einzurichten, sowie die schulische Tagesbetreuung mit € 1,5 Mio., die nach Abrechnung und Abwicklung dann wieder einer Finanzierung zugeführt werden und dann herausfallen. Man muss aufpassen, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleicht. Z.B. für die Fischeaufstiegshilfe stecken € 100.000,- drinnen.

Die Ertragsanteile sind Gott sei Dank besser ausgefallen als prognostiziert. Aber, Frau Vizebürgermeisterin Hermanek hat schon ausgeführt, beim Netto haben wir gegenüber dem, der viel gelobte Einnahmensteigerung, nur mehr 47,2% und 46,6%. Trotz der Besserung der Quartalshilfe sind die Abzüge mitgewachsen. Unter dem Strich ist dann das Ergebnis nicht mehr so ganz so hoch in Prozenten. Natürlich ist es unser aller Wunsch und auch das Bemü-

hen, das ich niemanden absprechen will, die Kommunalsteuer zu steigern. Man bemüht sich, Betriebsflächen zur Verfügung zu stellen und Betriebe hierher zu bringen, um bessere Einnahmen zu erzielen. Es ist die einzige steuerbare Möglichkeit, wo wir die Steuereinnahmen beeinflussen können. Bei den meisten anderen Dingen ist es so, dass sie in einer nicht beeinflussbaren Größe sind und abhängig von der EU, was dort oder da an neuen Änderungen an uns herangetragen wird. Bei allen Veränderungen, die Bund oder Länder beschließen, ist es leider Gottes so bei den Ausgaben, die zu tätigen sind, dass wir nicht vergessen werden. Die Gemeinden dürfen ihren Obolus leisten, ob sie wollen oder nicht. Ich denke nur, wenn großartige Investitionen beschlossen werden und wenn man fertig ist, hat die Gemeinde € 25.000,- - mehr an Ausgaben für Dinge, wie Aufzüge und andere Dinge, und muss einen Vertrag unterschreiben, damit sie das bekommt und hat Kosten für ihr nicht gehörende Objekte zu tragen. 15% vom Parkdeck zu finanzieren, sind Dinge, die man nicht aus der Portokassa zahlen kann. All das sind Vorhaben, die zu bewältigen sind.

Ich würde davor warnen, dass nicht zu viel vermischt wird, wie die Kameralistik mit der doppelten Buchhaltung. Wirtschaftsbetriebe haben hier wesentlich andere Möglichkeiten und arbeiten gewinnorientiert. Wir haben Aufgaben, die wir Jahr für Jahr auch dann im Rechnungsabschluss darstellen. Es ist z.B. das Erholungszentrum mit einem Minimum von € 500.000,- Abgang zu bewältigen. Es wird keiner wollen, dass wir das einstellen.

Bei Gebühren, wo Überschüsse erzielt werden – mit anderen vergleichbaren Gemeinden wird uns immer wieder bestätigt, dass wir trotz dieser Summen, die erreicht werden, die auch andere Gemeinden mittlerweile brauchen, im unteren Bereich liegen.

Quartalsergebnisse – das ist sicherlich eine Möglichkeit. Wird auch von der Buchhaltung gemacht, nur das zu diskutieren und als Größe heranzuziehen, ist insofern schwierig, weil viele Schätzungen hineingenommen werden müssen, weil Beträge erst zu einem viel späteren Zeitpunkt feststehen. Daher ist eine große Ungenauigkeit drinnen. Wir könnten uns im Finanzausschuss darauf verständigen, dass wir nur die beeinflussbaren Beträge hernehmen. Nur zum Verständnis – bei € 43 Mio. wären es in etwa, hoch angesetzt, € 10 Mio. sein, die wir in dem ganzen Budget beeinflussen können. Diesen Bereich wann man und wird man sich auch genauer ansehen müssen. Wir kommen heute noch dazu, wie auch Stadtrat Moll schon angesprochen hat, die Auflagen, die das Land an uns herangetragen hat, die wirtschaftliche Situation zu verbessern. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wird es vorgesehen sein, sich in kleineren Zeiträumen mit der Entwicklung des Wirtschaftsjahres auseinander zu setzen.

Natürlich bin ich dafür und würde ich auch ersuchen, dass wir, gemeinsam haben wir schon viel erreicht, gemeinsam auch in Zukunft die Dinge bewältigen werden. Auch bei allen politischen Unterschieden das Ergebnis zu erzielen, dass uns eine Sanierungsgemeinde nicht unbedingt ins Haus steht. Wir durchforsten jetzt sowieso überall und alles, was Ausgaben betreffen. Es sind schon Erfolge erzielt worden, die leider bei der Diskussion immer zu kurz kommen, weil man sich eher darauf einlässt, aufzuzeigen, was nicht in Ordnung ist. Das liegt in der Natur der politischen Unterschiede.

Bedarfszuweisungen – Faktum ist, dass wir um € 100.000,- weniger als im Vorjahr bekommen haben, aber dafür um einiges mehr als vor 2012. Da sieht man auch die Verhandlungsbreite. Wir sind für diese Unterstützungen auch dankbar. Das Land weiß, dass man bei Gemeinden in dieser Größenordnung eine Unterstützung in schwierigen Zeiten geben muss. Ohne diese Zuschüsse wird es auch im heurigen Jahr ganz schwer werden, hier auszugleichen.

Gemeinderat de Witt: € 9.000,-- Überschuss sind löblich. Aber wir sind wieder bei einem Thema, € 100.000,--, die wir in einem rechtsverbindlichen Gemeinderatsbeschluss beschlossen haben, die sich nur dieser jener nicht abgeholt hat. Das ist für mich, ich sage einmal, ein Kuhhandel, welche Finanzpolitik betrieben wird, denn im Gegenzug dazu, tun wir halt eine Kanalergänzungsabgabe einheben. Das Werk ist wunderschön und ist rechnerisch vielleicht richtig, aber es ist trotzdem unmoralisch nicht richtig. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Wir machen etwas gegen das Gesetz und vergleichen uns mit anderen Gemeinden, die weniger gegen das Gesetz machen als die anderen, aber es ist trotzdem gegen das Gesetz. Wenn man jetzt heranzieht, z.B. Kanalabgaben, Wasserabgaben und sagt, wir sind ein bisschen weniger gegen das Gesetz wie die anderen, sind wir dann besser oder was? Oder bei den Kassenkrediten – wir haben nicht so viel wie die anderen, dann sind wir ein bisschen besser aber trotzdem gegen das Gesetz. Und das ist das. wo ich sage, dem kann ich nichts abgewinnen. Wenn eine Gemeinde nur mehr bilanztechnisch zu führen ist, dann muss auch die Landespolitik herangezogen werden. Es müssen sich die Bürgermeister auf die Füße stellen. Wir wissen ganz einfach, es geht sich nicht aus. Wir wissen es und ein jeder tritt immer irgendwie nur herum. Mit unter beben wir uns aber in Situationen, wo wir sagen, wir sind verantwortlich, denn wenn es ein Gesetz gibt, dann haben wir uns daran zu halten. Und wenn wir uns nicht mehr daran halten, wie sollen wir als Vorbilder gegenüber den anderen sein. Das geht von oben nach unten. Es ist egal, es hält sich keiner daran. Dann sitzen wir da und diskutieren. Ich weiß auch, dass es sich nicht ausgeht. Trotz all dem, wir können das nicht gut heißen und sagen, wir sind ein weniger schlimm als die anderen.

Stadtrat Straka: Ich glaube nicht, dass ich Äpfel mit Birnen verglichen habe. Aber wenn wir bei diesen Ausdrücken bleiben und wir die 1,5 Mio. Äpfel für die Nachmittagsbetreuung abziehen, bleiben immer noch 11 Mio. Äpfeln, die man für diesen Kassenkredit aufbringen muss.

Dass dieser Rechnungsabschluss auf null gestellt werden konnte, war eigentlich nur möglich, dass man diese € 10,6 Mio. Sollabgang hingeschrieben hat. Im Voranschlag 2014 sind unter diesem Posten nur € 8,3 Mio. vorgesehen. Allein aus diesem Titel haben wir wieder einmal in diesem Jahr € 2,3 Mio. an Minus.

Auf was wir weiter hinweisen, auch Herr Moll, sind die Kennzahlen des Rechnungsabschlusses wie Maastrichterergebnis – wieder negativ - € 101,2 Mio. – und auch diese freie Finanzspitze – wieder runter gegangen.

Wir sehen uns deshalb bestätigt, dass wir im Vorjahr unsere Kooperation gelöst haben.

Zu Herrn Moser – eine späte Einsicht ist sicher besser als gar keine Einsicht.

Stadtrat Moser: Wichtig ist, dass es einmal ausgesprochen wird.

Zur Relativierung der gestiegenen Bundesertragsanteile – natürlich sind auch die Sozialausgaben und Ausgaben des Gesundheitsbereiches vom Land gestiegen, NÖKAS, NÖGUS, usw., prozentuell ein bisschen mehr, aber bei den absoluten Beträgen ist doch noch einiges übergeblieben. Ein warmer Regen für den Rechnungsabschluss 2013.

Eine allgemeine Bemerkung zu Herrn Stadtrat Moll, der die These aufstellt, der Rechnungsabschluss, wenn er richtig zusammengezählt ist, dann muss man zustimmen. Das ist ein Ansatz, aber es ist genauso legitim zu sagen, wenn der Rechnungsabschluss Projekte enthält, die man für falsch gehalten hat und nicht mittragen konnte wie z.B. Jugendzentrum, wenn es strukturelle Probleme gibt, oder wenn sogar verfassungsrechtlich bedenkliche Dinge drinnen sind, ist es schon auch legitim zu sagen, er ist sicher richtig gerechnet, kein Misstrauensvotum, aber inhaltlich halten wir ihn trotzdem nicht für unterstützenswert.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	1 (de Witt)
	ÖVP	11
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	0
	FPÖ	3
	GRÜNE	0

2.) Jahresabschlüsse für ausgegliederte Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 68a der NÖ Gemeindeordnung sind von ausgegliederten Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die unter beherrschendem Einfluss einer Gemeinde stehen, die geprüften Jahresabschlüsse einschließlich der geprüften Lageberichte vom Bürgermeister diese mit dem nächstfolgenden Rechnungsabschluss dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

Von folgenden Unternehmungen werden die Jahresabschlüsse dem Gemeinderat zu Kenntnis gebracht:

- Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft m.b.H – Jahresabschluss 2012
- Stockerauer Saubermacher Ges.m.b.H – Jahresabschluss 2013

Stadtrat Straka: Antrag der GRÜNEN

Positiv zu bemerken ist das Vorliegen eines Jahresabschlusses der Stockerauer Saubermacher GesmbH über das Jahr 2013. Bei der KIG liegt ein Jahresabschluss 2012 vor.

Wir Grünen stehen für Aufklärung und Transparenz. Seit nunmehr einem Jahr versuchen wir, die Geschehnisse in der KIG sachlich aufzuarbeiten, dabei stoßen wir immer mehr auf Ungeheimtheiten als auf Antworten. Außerdem wird uns die Arbeit nicht leicht gemacht, nicht zuletzt, da der Aufsichtsrat der KIG im Geheimen über die öffentlichen Interessen spricht. Das öffentliche Interesse begründet sich nicht nur durch die im Besitz der KIG stehenden ehemaligen Gemeindefliegungen, sondern auch durch die in ihrem Besitz stehende öffentliche Infrastruktur wie Kindergärten, Schulgebäuden, Bauhof usw.

Wegen des öffentlichen Interesses wäre es besser, wenn der Gemeinderat in seinen öffentlichen Sitzungen die Agenden des Aufsichtsrates wahrnähme. Insbesondere deshalb, weil zwischen den Handlungen des Aufsichtsrates und dem GmbH-Gesetz Differenzen festgestellt werden können.

.) Laut Jahresabschluss der KIG wurden im Jahr 2012 nur 2 Aufsichtsratssitzungen abgehalten. Das widerspricht § 30i Abs 3 des GmbHG. Dieser sieht mindestens 4 Sitzungen im laufenden Geschäftsjahr vor.

.) Der Jahresabschluss der KIG spricht von einem vermuteten Reorganisationsbedarf. So wurde eine negative Eigenmittelquote von -4,2 % und eine fiktive Schuldentilgungsdauer von 290 Jahren berechnet. Demnach hätte der Aufsichtsrat gem. § 30j Abs 4 iVm § 36 Abs 2 eine Generalversammlung einberufen müssen, um Maßnahmen dagegen zu setzen. Für die Abdeckung des negativen Eigenkapitals wären ca. € 3,7 Mio. notwendig gewesen. Diese Beschlüsse der Generalversammlung hätten dem Firmenbuch gemeldet werden müssen.

.) Die Swapgeschäfte der KIG kosteten der Gemeinde 2012 ca. € 980.000,--.

.) Laut Wirtschaftsprüfer ist die Voraussetzung für die Vermutung des Reorganisationsbedarfes gem. §22 URG gegeben. Dass dieser Reorganisationsbedarf jedoch nicht besteht, wird mit einem Gutachtensentwurf der Merkur Treuhand begründet. Es gäbe sowohl eine positive Fortführungsprognose sowie eine beabsichtigte Kapitalzuführung der Stadtgemeinde, die eine adäquate Kapitalausstattung der KIG gewährleisten soll.

.) Dass diese Kapitalzuführung im Jahr 2013 nicht im vorhergesehen Ausmaß stattgefunden hat, kann man im RA 2013 nachlesen. Anstelle von vorgesehenen € 2,7 Mio. wurden lediglich € 1,5 Mio. zugeführt. Was das bedeuten kann – siehe Vermutung eines Reorganisationsbedarfes.

Jedes Aufsichtsratsmitglied muss über das Wissen und die Erfahrung verfügen, die zur kompetenten Bewältigung der dem Aufsichtsrat übertragenen Aufgaben erforderlich sind. Der Aufsichtsrat hat für den Mangel jener Sorgfalt einzustehen, die man nach Lage der Dinge von einem Menschen erwartet, der in geschäftlichen und finanziellen Belangen ein größeres Maß an Erfahrung und Wissen als ein durchschnittlicher Kaufmann und die Fähigkeit besitzt, schwierige rechtliche und wirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft zu beurteilen.

Wir stellen daher den Antrag, der Gemeinderat möge die Gesellschaftsverträge der KIG in der Form ändern, dass der Aufsichtsrat der KIG abgeschafft wird. Die Information des Gemeinderates wird in Zukunft durch die Geschäftsordnung für die Geschäftsführer geregelt werden, die Agenden des Aufsichtsrates vom Bürgermeister übernommen.

Stadtrat Moll: Ich möchte nur ganz kurz darauf hinweisen, dass wir hier die Bilanz des Jahres 2012 vor uns liegen haben, wo Ihr Parteifreund, Mag. Mario Maurer Stellvertreter des Vorsitzenden war. Die Vorwürfe, die Sie jetzt erhoben haben, bitte diese auch Ihrem Parteifreund mitteilen, von dem ich persönlich aber glaube, dass er 1. integer ist, nach bestem Wissen und Gewissen entschieden hat und vor allem auch die nötige Fachkenntnis miteingebracht hat, die Sie verlangen.

Bürgermeister Laab: Ich kann diese Wortmeldung nur unterstützen und gebe meine vollste Zustimmung, was den Inhalt der Wortmeldung betrifft.

Erstmalig zum Rechnungsabschluss 2013 sind lt. § 68 a der Gemeindeordnung diese Bilanzen dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen. Vorher war es lt. Gemeindeordnung nicht notwendig und wurde auch nicht absichtlich weggelassen.

Stadtrat Straka: Diese Jahresabschlüsse sind auch in den vergangenen Jahren dem Budget beigelegt gewesen und waren für jedermann einsichtig.

Bürgermeister Laab: Erstmalig als Tagesordnungspunkt.

Stadtrat Straka wiederholt den **Antrag** für die Abstimmung.

Wir stellen den Antrag, der Gemeinderat möge die Gesellschaftsverträge der KIG in der Form ändern, dass der Aufsichtsrat der KIG abgeschafft wird. Die Information des Gemeinderates wird in Zukunft durch die Geschäftsordnung für die Geschäftsführer geregelt werden, die Agenden des Aufsichtsrates vom Bürgermeister übernommen.

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	1 (de Witt)
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	3

Abstimmung über TOP V.a)2.)

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	1 (de Witt)
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	0

3.) Änderung der Zinsaufschläge bei Darlehen der Raiffeisenbank Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als nun letztes Kreditinstitut, bei welchem die Stadtgemeinde Stockerau Darlehen in Anspruch genommen hat, hat die Raiffeisenbank Stockerau mit Schreiben vom 3.12.2013 mitgeteilt, dass die Aufschläge auf den Euribor bei den angeführten Darlehen per 1.1.2014 auf 0,875% angehoben werden. Begründet wird dies durch die Einführung von Basel III und der dadurch verschärften Liquiditätsvorschriften bzw. -kosten.

Dies betrifft in Summe 10 Darlehen mit einem aushafteten Kapital per 31.12.2013 von € 2,567.425,--. Die derzeitigen Aufschläge liegen derzeit zwischen 0,04% und 0,79% (durchschnittlich 0,385%). Die Restlaufzeiten liegen zwischen 2 und 17 Jahren.

Da im Dezember kein Beschluss mehr herbeigeführt werden konnte, wird die Erhöhung erst nach der vorgeschlagenen Genehmigung im März 2014 – also per 1.4.2014 – wirksam.

Die Erhöhung der Aufschläge auf den Euribor auf 0,875% bei den folgenden angeführten Darlehen der Raiffeisenbank Stockerau per 1.4.2014 wird genehmigt.

Darlehen: 2-20.030.193
4-20.030.193
5-20.030.193

7-20.030.193
8-20.030.193
15-20.030.193
16-20.030.193
17-20.030.193
18-20.030.193
19-20.030.193

Gemeinderat Pfeiler: Ich habe den Schriftverkehr zwischen Raiffeisenbank und Stadtgemeinde nicht gesehen. Gab es auch Nachverhandlungen mit der Bank?

Bürgermeister Laab: Ja.

Gemeinderat Pfeiler: Nachverhandlungen, um den Aufschlag zu reduzieren.

Bürgermeister Laab: Verhandlungen wurden geführt, um eine Verbesserung zu erzielen. Die Bank gab aber nicht nach.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

4.) Darlehensaufnahme – Umbau Pflegeheim

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Finanzierung der im Gemeinderat vom 25.9.2013 vergebenen Leistungen betreffend Pflegeheim der Stadt Stockerau – Erweiterung um 3 Pflegebetten soll ein Darlehen in Höhe von

€ 347.000,--

in Anspruch genommen werden.

Voranschlagsmäßig findet der Betrag im Vorhaben 52 des Budgets 2014 seine Deckung. Vorgesehen ist eine Laufzeit von 10 Jahren. Ausgeschrieben wurden eine 5-jährige Fixzinsvariante und eine variable Variante auf Basis des 6-Monats-Euribors.

Es wird vorgeschlagen, das Darlehen mit einem Zinssatz auf Basis des 6-mon-Euribors aufzunehmen.

Nach der Ausschreibung ergibt sich folgende Reihung:

1) BAWAG PSK	Aufschlag	+ 0,92 %
2) Raiffeisen Bank Stockerau	Aufschlag	+ 1,40 %
3) Oberbank AG	Aufschlag	+ 1,526 %
4) Erste Bank AG	kein Angebot	
5) UniCredit Bank Austria	kein Angebot	
6) Hypo Noe Gruppe	kein Angebot	
7) Kommunalkredit Austria AG	kein Angebot	

Die Annuität beträgt pro Jahr € 37.100,--. Die Bedeckung erfolgt aus den zusätzlichen Einnahmen der Pflegegebühren.

Aufgrund des Ausschreibungsergebnisses soll das Darlehen in Höhe von € 347.000,-- an die BAWAG-PSK mit einem Zinssatz von 0,92 % über dem 6-Monats-Euribor (derzeit 0,402 %) vergeben werden

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

5.) Verlängerung Ausweitung Kassenkredit Bank Austria

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 30.10.2012 wurde bei den Geschäftskonten, welche bei der Bank Austria – UniCredit geführt werden, ein zusätzlicher Rahmen in Höhe von € 500.000 eingeräumt. Dieser dient zur Überbrückung von kurzfristigen Liquiditätsengpässen, die teilweise auf zeitliche Verschiebungen zwischen fälligen Abgaben (z.B. Kommunalsteuer) und zu leistenden Zahlungen (z.B. Gehälter) zurückzuführen sind.

Die Bank Austria interpretiert den Beschluss analog des Kassenkredites mit Gültigkeit für jeweils ein Jahr. Das Institut ersucht daher um einen neuen Beschluss für das Jahr 2014 für diesen zusätzlichen Rahmen von € 500.000,--.

Der Kassenkredit beträgt für das Jahr 2014 € 4.740.660,--, wobei ein Zinssatz in Höhe von 0,50% über dem 3-Monats-Euribor zur Anrechnung kommt.

Die Aufstockung des Kassenkredites bei der Bank Austria AG in Höhe von € 500.000,-- zur Überbrückung von kurzfristigen Liquiditätsengpässen, welche auf zeitliche Verschiebungen zwischen fälligen Abgaben (z.B. Kommunalsteuer) und zu leistenden Zahlungen (z.B. Gehälter) zurückzuführen sind, wird genehmigt.

Stadtrat Straka: Nachdem wir heute schon mehrfach gehört haben, dass dieser Kassenkredit gesenkt werden sollte, finden wir es nicht in Ordnung, wenn wir die Ausweitung wieder beschließen. Wir werden daher gegen diesen Antrag stimmen.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Wir haben im Finanzausschuss oder auch bei der Vorbereitung die Frage dem Stadtrat gestellt, ob das eine Ausweitung des Kassenkredites insgesamt ist. Es betrifft in diesem Fall den Teil des Kassenkredites, der uns zusteht und ist nur für momentane Liquiditätsengpässe. Deswegen werden wir dem zustimmen. Man muss schon unterscheiden.

Bürgermeister Laab: Hier handelt es sich, wie Frau Vizebürgermeisterin richtig gesagt hat, um eine Vereinbarung zwischen der Bank Austria und der Stadtgemeinde und wird nur für diese Zwecke verwendet.

Stadtrat Straka: Wie hoch ist dieser Kassenkredit?

Bürgermeister Laab: Der Kassenkredit beläuft sich auf 10% der Voranschlagssumme und darüber hinaus Überziehungen im Betrag von € 500.000,-- für derartige Engpässe. Diese Vorgangsweise wurde im Oktober 2012 einstimmig beschlossen. Es ist immer für ein Jahr und soll nun auf ein weiteres Jahr verlängert werden.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	1 (de Witt)
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	0

6.) Änderung des Haftungsanteils für die Übernahme eines anteiligen Darlehens für den Verein „10 vor Wien“

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluss vom 25.9.2013 hat die Stadtgemeinde Stockerau für den Verein „10 vor Wien“ eine anteilige Haftung für ein Darlehen bei der Raiffeisenbank Stockerau genehmigt.

Mit Schreiben der Raiffeisenbank Stockerau vom 18.2.2014 wird der Stadtgemeinde mitgeteilt, dass die Marktgemeinde Langenzersdorf den entfallenen Haftungsanteil zur Einzahlung brachte und daher als Bürge und Zahler ausscheidet.

Daher ändert sich der Haftungsanteil der Stadtgemeinde Stockerau an der nunmehrigen Haftungssumme von 25,94% auf 30,3039%.

Die anteilige Haftungssumme beträgt lt. Raiffeisenbank nun € 235.161,42.

Die halbjährliche Pauschalrate für Stockerau beträgt nun € 8.924,55.

Stadtrat Straka: Gegenteilige Auffassung.

Stadtrat Moll: Wir haben letztens, wenn Sie sich erinnern, dem ursprünglichen Antrag auf Haftungsübernahme für den Kredit für die Fossilienwelt in Stetten abgelehnt, mit der Begründung, dass diese Fossilienwelt in Wirklichkeit ein Weltnaturerbe ist, aber, da glauben wir, dass die Erhaltung dieses Weltnaturerbes nicht Aufgabe der Stadtgemeinde Stockerau anteilmäßig sein kann, sondern hier sind übergeordnete Institutionen, insbesondere die Unesco gefragt. Das ist der Grund, warum wir auch diesem Antrag nicht zustimmen werden.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	1 (de Witt)
	ÖVP	0
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	11
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

7.) Strategische Haushaltskonsolidierung – Beauftragung KDZ

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Anlässlich eines Gespräches in der Landesregierung, Abteilung Gemeindeaufsicht, am 14. Jänner 2014 wurde der Stadtgemeinde Stockerau dringend empfohlen, bis Ende März 2014 ein Strukturverbesserungskonzept im Gemeinderat zu beschließen, weil ein solches auch Voraussetzung für die Zuteilung weiterer Bedarfszuweisungen ist.

Vom KDZ langten ein Angebot und ein Konzept vom 17. Jänner 2014 für eine „Strategische Haushaltskonsolidierung“ ein.

Das Projekt soll Anfang April beginnen und ist vorerst für ein Jahr ausgelegt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf € 48.000,-- exkl., wobei für die optional dargestellte Bürgerbeteiligung weitere € 6.930,-- exkl. zu veranschlagen sind. Ob eine solche durchgeführt wird, soll in der Projektsteuerungsgruppe entschieden werden.

Die Beauftragung der KDZ Managementberatungs- und WeiterbildungsGmbH zu den im Angebot angeführten Bedingungen mit einem maximalen Gesamtaufwand von € 54.930,-- wird genehmigt.

Gemeinderat de Witt: Halten wir uns auch an das, was die sagen, oder machen wir nur eine Beauftragung, die ein Haufen Geld kostet, und dann machen wir es nicht.

Bürgermeister Laab: Das ist eine Beleidigung für das ganze Gremium, ich möchte darauf gar keine Antwort geben.

Gemeinderat Pfeiler: Wie wir heute gehört haben im Rahmen der Diskussion zum Rechnungsabschluss - eine Stabilisierung des Gemeindehaushaltes hat sich weiter verschlechtert. Wir glauben, dass es notwendig ist, hier sich professionell, extern beraten zu lassen, um wirklich auf einen Sanierungskurs zu kommen, nämlich auch mit der Prämisse, dass wir das Leistungsangebot für unsere Bürger möglichst weiterhin auf dem heutigen Niveau halten können. Aus dem Grund werden wir der Beauftragung des KDZ zustimmen.

Stadtrat Moll: Ich habe schon vorher angekündigt, dass das Land NÖ, um weitere Sonderbedarfszuweisungen der Stadt Stockerau zuteilen zu wollen oder zu können, genau derartige Strukturverbesserungsmaßnahmen verlangt. Dass wir selbst nicht in der Lage sind ohne Beiziehen von Experten diese Strukturverbesserungsmaßnahmen vor allem in der kurzen Zeit zu erbringen, liegt auch auf der Hand. Auf der anderen Seite muss ich schon auch sagen, auch ich gehöre gelegentlich zu jenen, die meinen, dass Studien der verschiedensten Art in Auftrag gegeben werden oder Konzepte erstellt werden, und deren Umsetzung dann nur teilweise oder schleppend erfolgt. Da muss ich aber mich gleichzeitig selbst bei der Nase nehmen, denn es ist nämlich genau unsere verdammte Pflicht, die Umsetzung dieser Konzepte immer wieder zu kontrollieren und einzufordern. Wir werden dieser Beauftragung zustimmen und ich hoffe, dass die Kollegen der gleichen Meinung sind, dass wir eben genau die Überwachung der Durchsetzung von Umsetzung dieser Vorschläge vornehmen werden. Ich denke, ich sage das nicht von ungefähr, ich denke z.B. an die Vorschläge, die das KDZ gebracht hat im Bereich unserer Freizeiteinrichtungen. Ich persönlich habe zumindest den Eindruck, dass hier zu wenig energisch in die Umsetzung dieser Vorschläge vorangetrieben wurde. Ich kann mich z.B. nicht erinnern, dass mit den diversen Sportvereinen darüber gesprochen wurde, in wie weit sie bereit sind, diese Vorschläge, die dort gemacht wurden, umzusetzen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Wir werden dieser Konzepterstellung auch zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass der politische Wille, die Finanzen zu ordnen, gegeben ist, und wir das alleine ohne Hilfestellung nicht schaffen werden. Wir arbeiten mit dem KDZ schon längere Zeit zusammen. Wir haben auch einige Dinge, die das KDZ uns empfohlen hat, bereits umgesetzt im Rahmen des Bauhofes. Es steht noch einiges aus. Hier gebe ich Herrn Stadtrat Moll Recht. Es geht auch einiges auch uns zu langsam. Wir werden zu tun haben, dieses Konzept, das in der nächsten Zeit auf dem Tisch liegen soll, dass wir dieses Konzept wirklich umsetzen, damit es auch Wirkung zeigt. Das liegt an uns allen dann. Wir müssen uns wirklich anstrengen, das hinzubekommen. Ich weiß auch, und da kann ich nur wiederholen, was Herr Stadtrat Moll gesagt hat, auch das Land fordert das von uns, auch das Land möchte, dass wir quasi in einen begleitenden Prozess gehen, wie wir und mit dem KDZ begeben. Deswegen werden wir diesen Schritt unterstützen.

Bürgermeister Laab: Ich bin froh, dass diese Einsichten und Absichten da sind, dass ein jeder für sich diese Verantwortung übernimmt und schaut, dass wir diese Konzepte, die wir erhalten, auch umsetzen. Deswegen sollten wir Schritt für Schritt diese Umsetzung angehen, damit wir auch diese Umsetzung gewährleisten können. Wie schon Vizebürgermeisterin Niederhammer schon gesagt hat, es sind in der Vergangenheit schon Teilbereiche umgesetzt worden bzw. sind Umsetzungen im Werden.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

8.) Verkehrswertermittlung gemeindeeigener Liegenschaften – Beauftragung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Anlässlich eines Gespräches in der Landesregierung, Abteilung Gemeindeaufsicht, am 14. Jänner 2014 wurde der Stadtgemeinde Stockerau dringend empfohlen, bis Ende März 2014 ein Strukturverbesserungskonzept im Gemeinderat zu beschließen, weil ein solches auch Voraussetzung für die Zuteilung weiterer Bedarfszuweisungen ist.

Parallel zu organisatorischen Maßnahmen ist auch eine Auflistung sämtlicher noch nicht bewerteter Liegenschaften zweckmäßigerweise mit entsprechender Bewertung vorzulegen.

Am 11. März 2014 langte ein Angebot für eine „Verkehrswertermittlung der gemeindeeigenen Liegenschaften“ durch Prof. Gerhard Stabentheiner, allg. beeid.u.ger.zert. Sachverständiger ein, der bereits die Verkehrswertermittlung bei den schon bewerteten Liegenschaften durchgeführt hat, nachdem der Stadtgemeinde Stockerau pro Objekt für Befund, Fotodokumentation und Gutachten € 2.200,- in Rechnung gestellt werden.

Es gibt 17 Liegenschaften, die im Eigentum der Stadtgemeinde Stockerau stehen und noch nicht bewertet sind, bzw. 4 Gebäude/Liegenschaften, die im Eigentum der jeweiligen Leasinggesellschaft stehen, für die die Stadtgemeinde Stockerau aber Leasingnehmerin ist.

Die Beauftragung von Herrn Prof. Gerhard Stabentheiner mit der Verkehrswertermittlung der noch nicht bewerteten, gemeindeeigenen Liegenschaften mit einem maximalen Gesamtwert von € 46.200,- exkl. MWSt. wird genehmigt.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Ich möchte dazu nur ergänzen, dass auch das Teil der Forderungen des Landes war und auch im Rechnungshofbericht vorkommt, dass unser Nachweis von Liegenschaften und Vermögen vervollständigt werden muss. Dem Auftrag wird damit nachgekommen und deswegen werden wir dem auch zustimmen.

Gemeinderat Pfeiler: Aufgrund der aufgelisteten Liegenschaften habe ich das Gefühl, dass hier eine weitere Verlagerung von Liegenschaften in die KIG eigentlich vorbereitet werden soll. Die Liegenschaften sind von ihrer Art und Weise eigentlich verkaufbar, um zusätzlich zu Geld zu kommen. Was mit der KIG angestrebt wurde, nämlich die finanzielle Lage der Gemeinde zu verbessern, was bis dato nicht erreicht wurde, kann man diesem Schritt nicht zustimmen.

Bürgermeister Laab: Zur Aufklärung, weil hier zu viel Misstrauen vorliegt. Das Land hat gefordert, dass wir alle Vermögenswerte auflisten und dementsprechend bewerten sollen. Mit diesem Beschluss wird dem nachgekommen. Dann haben wir eine lückenlose Aufzeichnung all unserer Werte. Es ist in keiner Weise das Thema gewesen, eine weitere Ausgliederung vorzunehmen.

Stadtrat Straka: Nachdem heute schon so viel aus diesem Gedächtnisprotokoll zitiert worden ist – meines Wissens steht drinnen, es sollten verwertbares Eigentum aufgeführt werden. Was man mit öffentlichen WCs beim Kirchenpark und beim Stadtpark erzielen will, oder mit Kapellen in Oberzögersdorf und Unterzögersdorf, das ist mir wirklich nicht ganz klar. Es ist so, dass für jedes dieser Gebäude für die Bewertung einen Betrag von € 2.200,-- angesetzt ist. Ein WC oder eine Kapelle zu bewerten, passt einfach nicht. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat Moll: Es ist tatsächlich so, dass Kapellen in Zögersdorf oder WC im Stadtpark zum gleichen Betrag, nämlich € 2.000,-- bewertet werden wie z.B. das Z2000.

Bürgermeister Laab: Im Prinzip ist es ein Pauschalbetrag.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	0

9.) Erhöhung Materialkostenbeitrag für Kindergärten

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Materialkostenbeitrag bei den von der Stadtgemeinde Stockerau geführten Kindergärten soll von derzeit € 140,-- pro Kind und Kindergartenjahr auf

€ 160,-- pro Kind und Kindergartenjahr angehoben werden.

Der Beitrag von € 140,-- gilt seit dem Kindergartenjahr 2010/2011.

Für die Ferienbetreuung in den Monaten Juli und August soll ein Betrag von € 5,-/Woche eingehoben werden.

Weiters soll für die Betreuungszeit von 17.00 Uhr bis 18.00 ein Betrag von € 40,-- /Monat und für die Zeit von 6.30 Uhr bis 7.00 Uhr ein Betrag von € 20,--/Monat eingehoben werden.

Grundlage ist das NÖ Kindergartengesetz 2006.

Gemeinderätin Schneider: Wir werden dem Antrag zustimmen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass man Personen mit geringerem Einkommen oder mit mehreren Kindern die Möglichkeit geben sollte, diese Summe des Materialkostenbeitrages in mehreren Teilen bezahlen zu können.

Stadtrat Moll: Als Großvater von 10 Enkelkindern kann ich den Standpunkt von Frau Schneider nur unterstreichen. Es ist wirklich eine enorme Belastung. Aber davon abgesehen, weil ich gehe davon aus, dass diese Erhöhung vom Materialkostenbeitrag ab 2014/2015 in Kraft treten soll. Die anderen Erhöhungen sind moderat. Dieser Materialkostenbeitrag ist, wenn er 2014/2015 mit dem Kindergartenjahr zu tragen kommt, zuletzt wurde vor 4 Jahren erhöht. Es sind rund 15% Erhöhung, d.h. es gibt eine Erhöhung, die über der Inflationsrate liegt, der ich damit nicht zustimmen werde.

Bürgermeister Laab: Bei der Ferienbetreuung hatten wir € 7,-- und sind jetzt auf € 5,-- runtergegangen.

Stadtrat Moll: Ausschlaggebend ist für mich, wie schon gesagt, der Materialkostenbeitrag. Alles andere ist moderat.

Bürgermeister Laab: Billiger geworden.

Stadtrat Moll: Wäre es im Amtsbericht gestanden, hätte man die Reduzierung auch prozentuell ausrechnen können.

Nochmals es ist moderat, es ist ok, aber nachdem ich das nicht teilen kann, bleibt mir nichts anderes übrig als dagegen zu sein. Oder Sie setzen es aus und führen es erst 2015/2016 ein.

Bürgermeister Laab: Den Beschluss sollten wir aufrecht lassen. Der Vorschlag von Gemeinderätin Schneider ist ernst zu nehmen. Wir werden diesen in einem Sozialausschuss behandeln und etwas ausarbeiten.

Wir haben heute gehört - € 1,4 Mio. Aufwand für die Kindergärten und € 400.000,-- Einnahmen.

Stadtrat Moll: Unsere Kindergärten sind bestens geführt, die Kindergartenpädagogen sind perfekt. Bei Materialkosten könnte man an sich die Bitte herantragen, vielleicht billigere Materialien zu verarbeiten oder statt Basteln in die Au gehen oder ähnliches. Diese Belastungen, die alleinerziehende Mütter am Schulanfang haben, sind gewaltig. Es gibt in anderen Bundesländern, soweit ich weiß, verschiedene Unterstützungen an Schul- oder Kinderbeihilfen am Jahresbeginn, denn für viele ist das wirklich nicht einfach aufzubringen.

Bürgermeister Laab: Das sind € 16,-- im Monat. Ich kann nicht beurteilen, ob eine wertvolle, pädagogische Arbeit geleistet werden kann, wenn die Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden. Der Sozialausschuss kann sich sicher mit diesem Thema befassen.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	0
	GRÜNE	3

10.) Vermietung Schredder – Probetrieb

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau beabsichtigt, den Schredder (Doppstadt Walzenzerkleinerer DW 3060 „Bio Power“ Serial Nr. 607, Fahrgestellnummer W09306325C2D38607) an die Firma Hydro-Clean Umweltservice GmbH, Herzogenburg zu vermieten.

Die Vermietung soll auf die Dauer von 12 Monaten, beginnend mit 01.04.2014, als Probebetrieb mit einem monatlichen Mietzins von € 4.200,-- netto abgeschlossen werden.

Das Mietobjekt ist von der Stadtgemeinde Stockerau mit einem Mobilienleasingvertrag geleast und dieser ist nach wie vor aufrecht und gültig. Nach Ablauf des Leasingvertrages im Juni 2018 geht das Leasingobjekt ohne weitere Restzahlung in das Eigentum der Stadtgemeinde über.

Die Stadtgemeinde Stockerau gibt auch bekannt, dass der Mobilienleasingvertrag die Untervermietung und Weitergabe des Mietgegenstandes nicht ausschließt.

Der Mietvertrag mit der Firma Hydro-Clean Umweltservice GmbH für einen Probebetrieb bezüglich Schredder (Doppstadt Walzenzerkleinerer DW 3060 „Bio Power“ Serial Nr. 607, Fahrgestellnummer W09306325C2D38607) wird auf die Dauer von 12 Monaten, beginnend mit 01.04.2014 und einem monatlichen Mietzins von € 4.200,-- netto beschlossen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

**11.) Straßenbauarbeiten 2014 – Vergabe von Leistungen –
Beauftragung Fa. Strabag AG**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Straßenausbaubauarbeiten 2014 sind seitens der Stadtgemeinde Stockerau vorläufig folgende Maßnahmen geplant:

o Frostaufbrüche	€	100.000,--
o Kleinbaustellen Sanierung Setzung Manhartstraße, diverse Hausein- fahrten, Gehsteigsanierungen, Leistensteinsanierungen, etc.	€	<u>200.000,--</u>
Gesamtsumme Brutto	€	<u><u>300.000,--</u></u>

In der Ausschreibung Straßenbau 2009/2010 erstellt von ZT Büro Prem sind noch Leistungen enthalten, welche die oben angeführten Arbeiten betreffen.

Um diese Leistungen nicht doppelt auszuschreiben, sollen die Straßenbauarbeiten im Anhängerverfahren an die Fa. Strabag AG. vergeben werden.

Mit Schreiben vom 27.1.2014 gibt die Fa. Strabag AG. bekannt, dass keine Preiserhöhung aus der Indexgleitung 2014 in Rechnung gestellt werden.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

12.) Sanierung Ehrenbogen/Kirchenstiege

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Jahr 2014 jährt sich der Ausbruch des 1. Weltkrieges zum 100. Mal.

Anlässlich dieses Gedenkjahres soll als Akt der Erinnerung der Ehrenbogen (Kriegerdenkmal) bei der Kirchenstiege „Kleiner Marktplatz“ saniert werden.

Bezüglich der erforderlichen Sanierungsschritte, wie Gerüstung, Putzausbesserungen, Sandstrahlen, Schrifttafeln überschleifen und Schrifterneuerung, liegt von der Steinmetzmeisterfirma Andreas Schindler GmbH. ein Anbot vom 13.1.2014 mit einer Anbotssumme in der Höhe von € 10.054,-- vor.

Für die Denkmalpflege ist im außerordentlichen Haushalt 2014 ein Kostenrahmen von insgesamt € 30.000,-- vorgesehen.

Für die Sanierung des Ehrenbogens bei der Kirchenstiege „Kleiner Marktplatz“ wird die Firma Steinmetzmeister Andreas Schindler GmbH. mit einer Auftragssumme in der Höhe von € 10.054,-- netto beauftragt.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Wir finden das grundsätzlich sehr positiv, dass im Rahmen der Denkmalpflege dieser Ehrenbogen restauriert wird. Es ist uns allerdings aufgefallen, dass es nur ein Angebot von der Fa. Schindler gibt. Ich weiß nicht, ob noch andere Angebote eingeholt wurden. Wir haben das nicht eruieren können. Ich glaube, es gibt auch andere Steinmetzbetriebe in der Nähe. Es wäre vielleicht nicht schlecht gewesen, ein anderes Angebot einzuholen. Ich weiß nicht, ob man das nachholen kann. Ich denke dabei an die Fa. Wolf in Niederhollabrunn.

Bürgermeister Laab: Wir haben bewusst die Fa. Schindler gefragt, weil hier die Kombination mit der Baufirma gegeben ist, damit die Arbeiten rasch abgewickelt werden können.

Stadtrat Hopfeld: Ich hätte den Wunsch, wenn man das macht, ob man daran denken könnte, diesen Ehrenbogen mit dem entsprechenden Licht auszustatten, dass er ein bisschen hervorspringt, denn es ist ein wunderschöner Teil von Stockerau. Wenn man jetzt vorbei fährt, ist alles finster, und wenn man das mit Licht ausstrahlen könnte, wäre es für Stockerau sehr schön. Der Koloman und die Kirche ist dahinter, der Brunnen davor, und wenn es entsprechend beleuchtet ist, ist es auf jeden Fall ein Hingucker.

Bürgermeister Laab: Das kann man sich dann unabhängig mit unserer Elektroabteilung ansehen.

Stadtrat Hopfeld: Mir geht es im Prinzip nur darum, dass wir etwas sanieren und dann muss man nochmals aufstemmen.

Bürgermeister Laab: Im Zuge der Umsetzung wird man sich das ansehen.

Gemeinderat Pfeiler: Die Sanierung des Ehrenbogens wird aufgrund des 100jährigen Gedenkens des Ausbruchs des 1. Weltkrieges. Die Idee, den Ehrenbogen mit diesem Gedenkjahr in Angriff zu nehmen, ist grundsätzlich großartig. Wir wissen, dass der 1. Weltkrieg Ausgangspunkt für zahlreiche weitere Katastrophen im 20. Jahrhundert war. In dem Sinne würden wir vorschlagen, dass man im Zuge der Sanierung dieses Ehrenbogens auch Informationstafeln anbringt über die historischen Folgen und Zusammenhänge des 1. Weltkrieges. Das wäre eine Ergänzung im Zuge der Sanierung.

Bürgermeister Laab: In welcher Form dem nachgekommen werden kann, wird man nach der Sanierung sich ansehen. Im Grunde gibt es bereits die Tafel für historische Gebäude.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

**13.) Aktualisierung Naturbestandsaufnahmen (Objektverwaltung) –
Beauftragung Arge Vermessung**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Seit Bestehen des Kommunalen Informationssystems im Jahre 2000 wurden in den Jahren 2002, 2007 und 2010 Aktualisierungen durchgeführt. Eine periodische Wartung und Aktualisierung ist erforderlich, um für alle Dienststellen einen einwandfreien Gebrauch zu gewährleisten.

Für die Anschaffung des KIS wurden 1999 bis 2001 Investitionen in der Höhe von rund € 200.000,-- getätigt.

Für die nächste Aktualisierung des kommunalen Informationssystems wurden seitens des Stadtbauamtes Stockerau zwei Angebote eingeholt.

- ARGE Vermessung € 28.757,20
- Vermessung Weißenböck/Morawek € 34.675,--

Die ARGE Vermessung geht daher als Bestbieter hervor.

Das System zeigt momentan folgenden Datenstand an:

DKM	Oktober 2012
Naturbestand	August 2009
Gemeindegrundstücke	Oktober 2012
Wasserleitungen	Jänner 2010
Grünflächen	Dezember 2009
Jagdflächen	August 2009
Kanal oberirdische Objekte	Jänner 2010

Die Aktualisierung betrifft im Wesentlichen die Objektanlagen der Stadtgemeinde sowie die Gebäudeeinmessungen für Neu- bzw. Umbauten, Erfassung von neuen Grünanlagen bzw. Änderungen von Verkehrszeichen und Straßenbeleuchtungen.

Weiters werden auch die Änderungen sämtlicher Außenstellen (Kanal, Wasser, Grünflächen, etc.) der Stadtgemeinde Stockerau auf Stand gebracht.

Für die Aktualisierung 2014 des Kommunalen Informationssystems der Stadtgemeinde Stockerau wird die ARGE Vermessung gemäß deren Angebot vom 7.3.2014 mit einer Auftragssumme in der Höhe von netto € 28.757,20 beauftragt.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

**14.) Aktualisierung Naturbestandsaufnahmen (Straßenraum) –
Beauftragung EVN Geoinfo**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für eine erneute Zusammenarbeit zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und der EVN Geoinfo zur Aktualisierung der Grundkarte des GeoOffice liegt von dieser ein ergänztes Angebot vom 13.03.2014 (6.3.2014 ursprünglich) vor.

Die im Angebot ausgewiesenen Kosten, sind der von der Stadtgemeinde Stockerau zu tragende Anteil an den Gesamtkosten der Aktualisierung. Bei Berücksichtigung der Kosten und Aufwände für die Beauftragung des Geometers, die Vermessung, die Datenprüfung, die Datenaufbereitung und Lieferung und die Finanzierung ist eine Kostenteilung zu annähernd gleichen Teilen gegeben.

Die Fa. EVN Geoinfo bietet eine Finanzierung je nach Arbeitsfortschritt in zwei Teilraten für 2014/15 an.

Das Angebot beinhaltet folgende Leistungen:

1) Bearbeitung von bisher nicht vermessenen Gebieten	€	4.988,--
2) Aktualisierung von bereits aufgenommenen Naturstandsdaten, z.B. Straßenumbauten	€	5.850,--
3) Aktualisierungsbereich unter 50 lfm, kleinräumige geografisch zusammenhängende Bereiche	€	1.395,--
4) Veränderungen des Gebäudebestandes und der dazugehörigen Einfriedungen	€	18.200,--
	€	<u>30.433,--</u>

Die Datenaufbereitung für das GeoOffice bietet die EVN Geoinfo zu einem Pauschalpreis in der Höhe von € 450,--- an. Alle angegebenen Preise sind Nettopreise.

Für die Aktualisierung 2014 des GeoOffice (Kommunalen Informationssystem) der Stadtgemeinde Stockerau wird die Firma EVN-Geoinfo gemäß deren ergänztem Angebot vom 13.3.2014 (6.3.2014, ursprüngliches Angebot) in der Gesamthöhe von € 30.433,-- (netto) beauftragt.

Die Datenaufbereitung für GeoOffice wird die EVN Geoinfo zu einem Pauschalpreis in der Höhe von € 450,--- durchführen.

Die Fa. EVN Geoinfo bietet eine Finanzierung je nach Arbeitsfortschritt in zwei Teilraten für 2014/15 an.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

15.) Anteilige Haftungsübernahme Stockerauer Saubermacher GesmbH.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Am 19.6.2013 wurde vom Gemeinderat der Stadt Stockerau einstimmig beschlossen, die Behandlung von biogenen Abfällen im Rahmen eines PPP-Modells zu organisieren.

Gemeinsam mit der der Fa. Saubermacher Dienstleistungs AG wurde die „Stockerauer Saubermacher GesmbH“ gegründet, wobei die Fa. Saubermacher einen Anteil von 51% und die Stadtgemeinde einen Anteil von 49% halten.

Um die erforderlichen Betriebsanlagen zu errichten, ist ein Konzept für die Ausschreibung und Einreichplanung für die Behörde erforderlich. Für diese AWG-Bewilligung wurde ein Finanzbedarf für das Jahr 2014 in Höhe von € 80.000,-- ermittelt. Um die Mittel beim Kreditinstitut in Anspruch nehmen zu können, ist die Übernahme einer anteiligen Haftung in Höhe von € 39.200,-- im Sinne der Garantieerklärung erforderlich.

Der Kreditrahmen bzw. die Haftung stehen bis 31.12.2015 zur Verfügung.

Die Übernahme einer anteiligen Haftung in Höhe von € 39.200,-- für die Stockerauer Saubermacher GesmbH mit einer Laufzeit bis 31.12.2015 wird genehmigt.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

16.) Auftragsvergabe – Neuabschluss Versicherungsverträge für Gemeindeobjekte

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Fa. Wagner Versicherungsmakler bzw. jetzt die Fa. VERO Versicherungsmakler GmbH in 3300 Amstetten wurde mit der Überprüfung der Versicherungsverträge von im Eigentum der Gemeinde stehenden Objekten beauftragt.

Dabei wurden sowohl die Prämien als auch die Deckungen überprüft und neu ausgeschrieben.

Lt. Ausschreibungsergebnis könnten bei 16 Objekten die Verträge neu abgeschlossen werden, wodurch es zu einer Prämienreduktion in Höhe von € 12.492,73 pro Jahr kommen würde.

Bei weiteren 20 Objekten bestehen zwar noch längerfristige Verträge, doch werden auch bei diesen Verträgen das umfangreiche Deckungskonzept der ausgeschriebenen Verträge und die Konditionen angepasst. Dies ergibt eine weitere jährliche Prämienersparnis von € 3.014,36.

Es soll daher die Fa. VERO Versicherungsmakler GmbH im Namen der Stadtgemeinde Stockerau beauftragt werden, für die 16 neu ausgeschriebenen Objekte Versicherungsverträge mit der Wiener Städtischen Versicherung abzuschließen und für die weiteren 20 Verträge die Deckung und die Prämien zu verbessern.

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

17.) Sportzentrum Alte Au – Ankauf eines Abdeckbelages für die Sporthalle

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Schonung des Hallenbodens in der Sporthalle muss bei diversen Veranstaltungen (Messen, Ausstellungen) ein Abdeckbelag aufgelegt werden.
Der derzeit in Verwendung befindliche Belag ist für diese Zwecke nicht geeignet.

Es sollen daher gemäß dem Angebot der Fa. Janser GmbH, 4860 Lenzing, 30 Rollen eines Abdeckbelages mit einer Stärke von 1,5 mm, einer Breite von 1,5 m und einer Länge von 30,3 m mit Auf- und Abrollgerät und Rollenständer zum Preis von € 23.318,50 angekauft werden.

Nach den derzeit in Ausarbeitung befindlichen neuen Entgelten für die Sporthalle würden sich die Kosten nach 6 Jahren amortisieren.

Stadtrat Moll: Ich möchte diesen Tagesordnungspunkt zum Anlass nehmen, um eine alte Problematik, die mir am Herzen liegt, vorzuschlagen. Nämlich, bei diesem Angebot steht z.B. drauf „Zahlung nach Vereinbarung“. Bei diesem Angebot sind keine Rabatte, Nachlässe sonstige Bedingungen drauf, die Lieferbedingung ist ab Werk usw. Ich glaube, dass derartige Käufe, Zukäufe über einen zentralen Einkauf der Gemeinde, der allerdings erst zu installieren ist, gleichzeitig vielleicht mit einem Kontroller, jedenfalls zu überlegen ist. Denn ich habe aus dem Angebot heraus keine Gewähr, dass dieser Preis wirklich beinhart, wie es ein geschulter Einkäufer machen würde, verhandelt wurde. Denn Zahlung nach Vereinbarung, es geht vielleicht um 5% Skonto, das könnte man darauf schreiben. Wie gesagt, ich möchte das zum Anlass nehmen, um doch darüber wieder einmal nachzudenken. Es hat ja schon verschiedene Anläufe gegeben, auch mit Kooperation mit Korneuburg, aber geschehen ist hier in Wirklichkeit noch nichts. Ich denke, dass ein guter Einkäufer sein Geld wert ist, und dass es möglicherweise darüber hinaus Einsparungspotential für die Gemeinde gibt mit einem Einkaufsvolumen von vielen Millionen Euro.

Bürgermeister Laab: Es sind Verhandlungen geführt worden. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir mit einer Vielfalt von Einkäufen die Bundesbeschaffungsgesellschaft haben, wo wir Bestpreise haben, wo wir einen Großteil unserer Einkäufe über diese Beschaffungsgesellschaft durchführen. Dadurch haben wir die Preisgestaltung im Wesentlichen verbessert.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	0
	GRÜNE	3

18.) Deponie – Sickerwassermanagement – Beauftragung Büro Dr. Lengyel

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluss von März 2013 wurde die Fa. Büro Dr. Lengyel mit dem Sickerwassermanagement (Planungsleistungen für die AWG-Bewilligung) beauftragt. Die Beauftragung der Fa. Lengyel beinhaltet ein Sanierungskonzept für das Oberflächenwassersammelbecken bei der Deponieeinfahrt und ein Konzept zur Entflechtung der Zuläufe zum Deponiesickerwassersammelbecken und getrennte Ableitung der Oberflächenwässer.

Nun sollen ergänzende Planungsleistungen beschlossen werden. Diesbezüglich liegt ein Honorarangebot der Fa. Büro Dr. Lengyel mit einer Pauschalsumme in Höhe von

€ 5.340,-- netto

vor.

Die ergänzenden Leistungen beinhalten unter anderem:

Ergänzende Projekterstellung für Maßnahmen am Deponiekörper oder am Oberflächenwasserbecken, Erstellung von Plänen, Besprechungen mit Amtssachverständigen und Teilnahme an AWG-Verhandlungen.

Die Beauftragung der Fa. Büro Dr. Lengyel mit ergänzenden Planungsleistungen mit einer Pauschalhonorarsumme von € 5.340,-- netto wird beschlossen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

b) Stadtentwicklung und Verkehr

1.) Verkehrskonzept 2014 - Beauftragung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund der Erkenntnisse des Masterplans (TU Wien) und der im Rahmen der Stadt- und Dorferneuerung geründeten Arbeitsgruppen (Stadtentwicklung und Verkehr) soll ein aktuelles Verkehrskonzept erstellt werden.

Der Ausschreibungsumfang wurde mit den entsprechenden Gremien abgestimmt und an nachstehende Verkehrsplaner zur Angebotslegung übermittelt.

- Rosinak & Partner, Wien
- Verkehrsplanung Kleiner, Wels
- Snizek + Partner, Wien

- IGP ZT GmbH., Herzogenburg
- Zieritz & Partner GmbH., St. Pölten
- Axis Ingenieurleistungen, Wien

Die Abgabefrist für die Angebote wurde mit 17.1.2014, 11.00 Uhr festgelegt. Sämtliche Angebote wurden durch das Stadtbauamt mittels Preisspiegel verglichen und geprüft.

Die Büros Rosinak & Partner, Snizek + Partner und IGP Prem ZT GmbH. haben bei der Ausschreibung eine Bietergemeinschaft gegründet, wobei Dr. Rosinak federführend ist.

Gemäß Prüfung und Preisspiegel zeigte die Ausschreibung folgendes Ergebnis:

- | | | |
|--|--------------|-------|
| • Rosinak & Partner, Snizek + Partner,
IGP Prem ZT GmbH. (Bietergemeinschaft) | € 96.300,-- | netto |
| • Verkehrsplanung Kleiner, Wels | € 124.166,66 | netto |
| • Zieritz & Partner GmbH., St. Pölten | € 122.502,50 | netto |
| • Axis Ingenieurleistungen, Wien | € 149.757,50 | netto |

Die Bietergemeinschaft Rosinak & Partner, Snizek + Partner und IGP Prem ZT GmbH. ging beim Ergebnis der Ausschreibung mit einer Ausschreibungssumme in der Höhe von netto € 96.300,-- als Bestbieter hervor.

Die Ausarbeitung des Verkehrskonzeptes 2014 ist auf die Dauer von ca. 1 Jahr vorgesehen, somit wird das Verkehrskonzept im März 2015 fertiggestellt sein.

Ergänzung zur GR-Sitzung vom 30.1.2014

Trotz Ablehnung im Gemeinderat hat die Bietergemeinschaft die Möglichkeit erhalten, ihren Standpunkt noch einmal zu vertreten.

Im Zuge der GR-Ausschusssitzung IX – Stadtentwicklung und Verkehr, welche am Dienstag, 11.3.2014 stattfand, konnte die Bietergemeinschaft Rosinak & Partner, Snizek + Partner und IGP Prem ZT GmbH. anhand einer Powerpoint-Präsentation ihr Konzept und ihre Ideen des Verkehrskonzeptes 2014 vorstellen.

Im Zuge dieser Sitzung wurde die Professionalität der Bietergemeinschaft den Anwesenden präsentiert, von welcher die Stadtgemeinde Stockerau durch Erstellung eines neuen Verkehrskonzeptes nur profitieren kann.

Ebenfalls ist zu bedenken, dass die renommierten Anbieter engen Kontakt mit dem Land NÖ haben. Somit konnte Bgm. Laab mit der Bietergemeinschaft, anhand eines Gespräches mit Hofrat Prof. Zibuschka, eine Förderung für die Erstellung des Verkehrskonzeptes in der Höhe von 50 % erwirken.

Bedenkt man die Expansion der Stadt Stockerau, so soll die Lebensqualität keinen Verlust erleiden, sondern sogar verbessert werden. Somit ist ein Verkehrskonzept von Profis erstellt, welches noch dazu zu 50 % vom Land NÖ. gefördert wird, ein Gelegenheit die sich die Stadt Stockerau nicht entgehen lassen sollte.

Die Kosten für die Erstellung des Verkehrskonzeptes 2014 betragen nach Abzug der Förderung € 48.150,--.

Für die Erstellung des Verkehrskonzeptes 2014 wird die Bietergemeinschaft Rosinak & Partner, Snizek + Partner und IGP Prem ZT GmbH. mit einer Auftragssumme in der Höhe von netto € 96.300,-- beauftragt.

Durch die Zusage des Landes NÖ. das Verkehrskonzept mit 50 % zu fördern, ergeben sich Kosten in der Höhe von netto € 48.150,-- für die Stadtgemeinde Stockerau.

Stadtrat Straka: Wir sind heute wiederum aufgerufen, über dasselbe Verkehrskonzept abzustimmen wie bei der letzten Sitzung. Ich habe in der letzten Gemeinderatssitzung zu diesem Thema auf ein Radwegkonzept aus dem Jahr 2009 hingewiesen. Das habe ich mir jetzt genauer angesehen. In diesem Konzept wurden verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Erreichbarkeit in das Erholungszentrum mit dem Fahrrad erarbeitet. So z.B. ein Lückenschluss in der Schießstattgasse durch zwei Mehrzweckstreifen, Verbesserungen für RadfahrerInnen in Pestalozzigasse und Haydngasse, eine Radspur in der Grünnergasse bis hin zu Vorschlägen für radverträgliche Fahrradständer. Aber diesem Konzept ist es leider genauso ergangen wie den anderen vor ihm. Nach der Präsentation beim Tag der offenen Tür, ist es in der Schublade gelandet. Es wurden nicht einmal jene Bereichsvorschläge verwendet, die eigentlich bei der Neugestaltung der Schießstattgasse im Zuge der Neugestaltung des Jessernigg-Geländes hätten Verwendung finden können.

Wichtig wären sicherlich die Maßnahmen, die Erreichbarkeit von Schulen und des Bahnhofes zu verbessern. Hier gibt es Radverkehr das ganze Jahr und besonders für die Kinder, die einen besonderen Schutz vom Radfahren bedürfen. Wenn wir Stockerau lebenswerter machen wollen und den Autoverkehr reduzieren möchten, müssen wir Alternativen, wie flächendeckende, verbesserte Radwegeverbindungen schaffen. Stockerau hat wieder nun ein Konzept, das wieder in einer Schublade verschwinden wird. Was wir angesichts der finanziellen Mittel der Stadtgemeinde brauchen, sind Umsetzungen von verkehrsberuhigenden Maßnahmen. Von diesen Maßnahmen findet sich noch eine Reihe im Verkehrskonzept 2002, im Radwegkonzept von 2009 sowie in den Vorschlägen der Verkehrsgruppe, welche im Rahmen der Stadterneuerung unentgeltlich erarbeitet wurden. Wir werden daher, wie auch beim letzten Mal, die Beauftragung dieses Konzeptes ablehnen.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Wie schon erwähnt, war das Verkehrskonzept im letzten Gemeinderat bereits Thema. Ich habe in der letzten Gemeinderatssitzung sehr ausführlich dazu Stellung genommen. Ich möchte mich jetzt nicht wiederholen. Ab morgen, nehme ich, wenn das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung auf der Homepage steht, kann man auf Seite 1175 das genau nachlesen. Ich möchte mich darauf beschränken, die Hauptaussage hier zu wiederholen. Wir sind der Meinung, dass das Konzept erst dann einen Sinn hat, wenn es einen gemeinsamen politischen Willen gibt, wo anzusetzen ist und wo man bereit ist, etwas zu verändern. Diesen gemeinsamen politischen Willen gibt es seit Jahrzehnten nicht. Es ist für mich auch nicht erkennbar, dass sich daran jetzt etwas geändert hat. Deswegen halten wir eine Erstellung eines Konzeptes nur für Zeitverschiebung und Geldverschwendung. Wenn auf die erhöhte Förderung heute schon Bezug genommen wurde – ja es ist richtig – es ist eine Zusage für 50%, die war in der letzten Gemeinderatssitzung nicht so konkret. Da war nur die Zusage für Förderungen aus der Dorf- und Stadterneuerung, die max. 50% bedeuten hätte können. Es hätte sein können, dass es 30% von der Dorf- und Stadterneuerung gibt. Jetzt gibt es 20% vom Land dazu. Ich glaube, dass soll nicht den Ausschlag geben, ob man grundsätzlich dafür ist, dass ein Konzept erstellt wird oder nicht. Da gibt es viel wichtigere Dinge und € 50.000,-- knapp bleiben aber trotzdem übrig. Wir sind der Meinung, es liegen viele Vorschläge am

Tisch, die man diskutieren kann. Wenn man dann, wie gesagt, den politischen Willen hat, etwas umzusetzen, dann kann man an das konkret herangehen und dann kann man sich auch der Hilfe von Experten bedienen. Ich erinnere an das Beispiel vom Architekten und vom Haus. Wie gesagt, im Internet nachzulesen ab morgen.

Stadtrat Moll: Unsere Fraktion hat das letzte Mal diesen Antrag abgelehnt. Eine Begründung für die Ablehnung war damals, dass 1. die Förderung der Stadterneuerung mir zu wenig sicher war. Bei der Gelegenheit muss auch darauf verwiesen werden, dass wir von den bisher eingebrachten Projekten von der Stadterneuerung noch nicht viel Geld gesehen haben. Diese Bedenken, die Finanzierung durch die Stadterneuerung, war gegeben. Jetzt aber ist dieser Einwand weg, weil die Förderungszusage von 50%, die uns wirkl.HR Zibuschka gegeben hat, als bare Münze, zumindest für mich, zu nehmen ist. Der 2. Grund, warum ich damals dagegen war, war der Zeitfaktor. Es war damals die Präsentation des Verkehrskonzeptes des Arbeitskreises Verkehr der Stadterneuerung noch nicht erfolgt und es war auch noch nicht die Präsentation der sogenannten Smart City im Folge der TU Wien, die ja schon bei unserem Projekt „Stadterneuerung“ mitgearbeitet hat. Das war auch noch nicht präsentiert. Beide Präsentationen haben inzwischen stattgefunden, wobei beide natürlich von mir als sehr gut bewertet werden und jedenfalls weiter verfolgt werden sollten. Der 3. Punkt warum ich damals auch Bedenken hatte, der ist leider wahrscheinlich unverändert, nämlich, was unsere finanziellen Mitteln betrifft, großartige Änderungen insbesondere baulicher Natur auch wirklich zu realisieren. Dennoch glaube ich, wenn das Land NÖ durch Herrn Zibuschka eine Förderung für eine Studie, für ein Verkehrskonzept macht, dass sie dann auch auf den zweiten Schritt setzen werden, nämlich darauf drängen, dass zumindest Teile dieses Konzeptes auch tatsächlich umgesetzt werden. Es wäre naiv zu glauben, dass wir irgendetwas von dem schönen Konzept der Stadtgruppe umsetzen können, ohne das Land NÖ damit einzubinden. Das wäre absolut naiv, das zu glauben. Daher ist es wichtig, dass wir die Kooperation mit dem Land NÖ auch auf diesem Sektor suchen. Herr Dr. Rosinak als Sprecher der Bietergemeinschaft hat mir auch bei der Präsentation, die hier in diesem Saal vor dem Stadtrat stattgefunden hat, zugesichert, dass die Proponenten der Stadterneuerung des Arbeitskreises Verkehr in die Überlegungen miteingebunden werden ebenso wie die Proponenten der Smart City, wobei ich hier bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen möchte, dass dieses Projekt – Smart City – ehe baldig als Projekt der Stadterneuerung einzureichen wäre. Ich bin weiters der Meinung, dass Verkehr ein Problem ist, das alle Stockerauer betrifft. Bei allen Diskussionen, die wir in der Stadterneuerung geführt haben, egal ob das Sport, Kultur oder sonst etwas war, es hat sich in der Regel nach kurzer Zeit herausgestellt, ja, aber wie sieht das mit dem Verkehr aus. Der Verkehr spielt in allen Bereichen für die Stockerauer und Stockerauerinnen eine sehr große Rolle. Dem müssen wir Rechnung tragen, dass jetzt rasch etwas initiiert wird. Dazu gehört meiner Meinung nach auch die Beauftragung dieser Bietergemeinschaft. Es dürfen die Mitarbeiter in der Verkehrsgruppe der Stadterneuerung das nicht als Konkurrenzunternehmen sehen, sondern als weitere Expertenmeinung, die eingebracht wird, damit wir gemeinsam alle zusammen eine gute Lösung und vor allem auch eine rasche Lösung finden werden, denn die Verkehrsproblematik verschärft sich leider tagtäglich.

Ich wiederhole mich, wenn ich sage, das wichtigste Argument, jetzt die Beauftragung zu machen, ist, meine Überlegung, dass das Land NÖ dadurch eingebunden wird. Ich hoffe natürlich, dass diese, meine Überlegungen richtig sind. Aber wie ich schon vorher gesagt habe, wenn ein Konzept am Tisch liegt, ist es unsere verdammte Pflicht und Heiligkeit, darauf zu schauen, dass hier entsprechend diesen Vorgaben Umsetzungen gemacht werden. Ich ersuche auch all jene, die heute vielleicht diesem Vorschlag nicht zustimmen, aus welchen Gründen

immer, dass sie aber trotzdem dann in die Arbeit sich miteinbinden lassen, denn wir brauchen tatsächlich hier eine gute Lösung.

Stadtrat Hopfeld: Ich möchte schon darauf hinweisen, was mich stört, die ganze Sache mit dieser Präsentation, dieser Firma, weil ich etwas präsentiert bekomme. Ich habe mir immer vorgestellt, wenn ich heute ein Verkehrskonzept neu mache, dann tue ich das auf das alte aufbauen, neue Daten hinein usw. Man kann nicht € 98.000,- opfern, auch wenn ich jetzt 50% gefördert bekomme. Es kostet € 98.000,- und ich bekomme ein Konzept, abgeköffert von St. Pölten, präsentiert. Nicht auf Stockerau eingegangen oder sonst irgendwas. Das hat mich schon sehr wahnsinnig gestört, wenn man heute so einen Auftrag bekommt und nicht einmal in der Lage ist, den Namen auszutauschen. Das sind Sachen, die ich ganz einfach nicht verstehe. St. Pölten ist präsentiert worden und nicht Stockerau.

Bürgermeister Laab: In dieser Präsentation wurde St. Pölten als Beispiel gebracht, aber gleichzeitig auch bei dieser Auflistung - der öffentliche Verkehr, der Radverkehr usw. - sind sämtliche andere Gemeinden wie Bregenz und Salzburg genannt worden. Das sollte nur als Beispiel dienen, wie hier gearbeitet wird. Das ist nicht aussagend, dass das 1:1 von St. Pölten auf Stockerau umgesetzt wird.

Ich möchte nur verstärken, was Herr Stadtrat Mollgesagt hat. Dass, wenn wir die wirklich vielen Stunden, die hier von Stockerauerinnen und Stockerauer eingebunden werden, die es auch präsentiert haben, wie sie sich das vorstellen, aber auch gesagt haben, dass sie nicht darauf wertlegen, dass es so sein muss wie es steht, sondern dass dies Anhaltspunkte sind, wo man auch andere Erkenntnisse dabei einbinden kann, dass die nur umzusetzen sind, wenn wir wieder ein Unternehmen beauftragt, wie richtig gesagt, das Land hat eine Zustimmung gegeben, weil immer wieder mit dem Land als Straßenerhalter hier diese Verkehrsverhandlungen geben wird, damit man zu einer Umsetzung kommt. Man könnte jetzt auflisten, was in der letzten Zeit war, z.B. Kreisverkehr und dergleichen, was die Planungsbüros rausgegeben haben, dann wären wir wahrscheinlich mit drei Projekten weit über diese € 96.000,- gekommen. Ob es da überall dann 50% Förderung geben wird, für die einzelnen Projekte, möchte ich stark anzweifeln. Ich glaube, dass die Interessen des Landes sehr groß sind, hier in dem stark wachsenden Gebiet, wo der Verkehr eine Rolle spielt, eine Lösung zu haben, wo all die Einflüsse der Region auch Platz finden. Das wichtigste war ja auch, dass die Herrschaften zeigen wollten, welche Erfahrungen, Referenzen sie haben, sodass man sicher sein kann, dass sie Lösungen erarbeiten können, die umsetzbar sind. Natürlich wird uns die Entscheidung nie abgenommen, von dem Konzept die Umsetzung in die Wege zu leiten. Es ist auch vorgelegt worden, was von dem Konzept 2002 umgesetzt wurde. Das war auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, aber trotzdem konnten einige Dinge erledigt werden. Wir haben immer im 10 bis 12 Jahres-Rhythmus Konzepte in Auftrag gegeben, weil es durch die Entwicklung der Stadt notwendig ist. Es war nie ein Thema und sollte es auch jetzt nicht sein.

Gemeinderat de Witt: Gibt es für das Verkehrskonzept eine Vorgabe, wie viele Finanzen zur Verfügung stehen oder tun die, was sie glauben?

Bürgermeister Laab: Es hat eine Ausschreibung gegeben.

Gemeinderat de Witt: Z.B. die Umsetzung von dem Ding, darf nur den Betrag X kosten, weil das können wir uns leisten oder wird einfach nur geplant. Man muss positive Finanzmittel dafür haben.

Stadtrat Holzer: Wir haben heute schon mehrere Studien beauftragt – beim Hochwasserschutz kommt vielleicht auch raus, dass man € 30 Mio. braucht, die wir dann auch nicht haben. Wenn man im Vorfeld schon sagt, man hat nur ein gewisses Budget, dann könnten wir uns jede Studie ersparen. Es wurde jahrelang ein Verkehrskonzept gefordert. Beim Verkehrskonzept 2002 wurde einiges umgesetzt. Dann wurde uns vorgehalten, es wurde nicht alles umgesetzt. Bei der Nordspange ist es so, dass es nicht umgesetzt wird. Es gehören Experten her und die Entscheidung muss dann die Politik treffen. Diese Bietergemeinschaft hat von Anfang an immer wieder betont, man muss die Stadt ins Boot holen. Die Stadt ist die Politik und die Verwaltung und natürlich auch engagierte BürgerInnen in der Stadt- und Dorferneuerung. Es gibt Ideen, punktuell drei, vier Projekte, die sehr wichtig sind. Es liegt in diesem Gremium, was kann man umsetzen, was will man umsetzen und vor allem, was kann man sich wirklich leisten. Die Verkehrsgruppe der Stadt- und Dorferneuerung, die so gelobt wird und das gefällt einen jeden, hat selbst gesagt, ohne Verkehrskonzept und ohne Land wird man sehr wenig umsetzen können. Es gibt für jeden Radweg, der nicht gemacht wurde, Gründe, sei es finanzieller Art, sei es technischer Art, oder es wurden andere Prioritäten gesetzt. Es soll mit Experten, mit den Politikern und mit der Bevölkerung ein neues Konzept erarbeitet werden, Schwerpunkte zu setzen und dann kann man sie abarbeiten.

Stadtrat Straka: Wir glauben, dass die Eingliederung des Landes NÖ sowieso über die Eigentümerschaft der Straßen teilweise in Stockerau gegeben ist. Nur weil das Land NÖ jetzt Geld dazu gibt, wird es sich sicher nicht in der Erstellung des Konzeptes einmischen oder bei der Umsetzung sagen, ja das ist vorzunehmen, weil wir etwas dazu gezahlt haben. Wir finden einfach bedenklich, dass, wenn man schon in einer finanziellen Schieflage ist, zu glauben, Sonderangebote kaufen zu müssen, nur weil es billig ist.

Stadtrat Hopfeld: Wie 2002 dieses Verkehrskonzept gemacht worden ist, das waren genauso Experten und es ist leider Gottes nicht umgesetzt worden, weil wir ganz einfach nicht die Ressourcen dazu haben. Wir haben einen Teil umgesetzt mit einem Kreisverkehr, wenn wir ein neues Konzept haben, dann muss genauso jeder Kreisverkehr geplant werden und kostet genauso viel Geld wie jetzt auch. Es ist ja nicht gesagt, dass in diesem Konzept drinnen steht, wie ein Kreisverkehr geplant werden soll. Sondern es wird drinnen stehen, dort wäre es gut, wenn ein Kreisverkehr wäre, aber mehr wird nicht drinnen stehen. Das ist bis jetzt immer so gewesen. Leider Gottes haben wir einen Patienten, das ist Stockerau, und wir versuchen jetzt mit Muss an dem Körper zu reparieren. Nur eines reparieren wird nicht, das wichtigste, das ist drinnen das Herz, damit der ganze Apparat rennt. Wir tun die ganzen Krampfandern und alles Mögliche versuchen, zu operieren, aber nur das wichtigste machen wir nicht.

Bürgermeister Laab: Um von den chirurgischen Argumenten wegzukommen – die ÖVP hat das seinerzeitige Verkehrskonzept bekommen, Sie sollten es sich zur Hand nehmen und durchzusehen, wie hier Planungen von verschiedenen Verkehrsknotenpunkten aufgelistet sind. Ein großer Teil wurde zur Umsetzung gebracht, einige Punkte sind noch offen, das ist richtig.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: In dem Anschluss wage ich zu behaupten, dass die Vertreter der ÖVP, jeder einzelne das Verkehrskonzept wesentlich öfter in der Hand gehabt haben als manch andere in diesem Raum, weil wir beschäftigen uns schon sehr lange damit. Eines möchte ich noch zum Abschluss sagen. Ich habe an dieser Stelle schon öfter gesagt oder von diesem Platz aus schon öfter gesagt, ich würde mir wünschen, dass meine Befürchtungen

nicht Wirklichkeit werden. Meistens sind die Befürchtungen Wirklichkeit geworden. Ich möchte heute sagen, setzen wir uns einen Termin – 2020 – und schauen wir dann, was umgesetzt wurde, und schauen wir dann, wie das Herz unseres Stockerau aussieht, ob es überhaupt noch Leute gibt, die zu Fuß gehen oder nicht.

Stadtrat Moll: Ich möchte nur kurz auf das Schnäppchen-Argument eingehen. Ich glaube, dass ein Verkehrskonzept, das wirklich jeden Stockerauer betrifft und bewegt, diese € 49.000,- wert sein sollte, insbesondere deshalb, wenn Sie ohne mit der Wimpern zu zucken, den halben Betrag, nämlich € 23.000,- für den Hallenbelag ausgeben.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	1 (de Witt)
	ÖVP	11
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	0
	FPÖ	3
	GRÜNE	0

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung. Er beginnt mit der nicht öffentlichen Sitzung. (Siehe dazu Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung im Anschluss an die öffentliche 25. Gemeinderatssitzung vom 26.03.2014).

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

Vizebürgermeisterin Hermanek

Vizebgm. Christa Niederhammer

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

StR Gerald Moll

StR. Mag. Ing. Andreas Straka

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder